Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

BMZ MATERIALIEN 183

Informationsmappe Lateinamerika

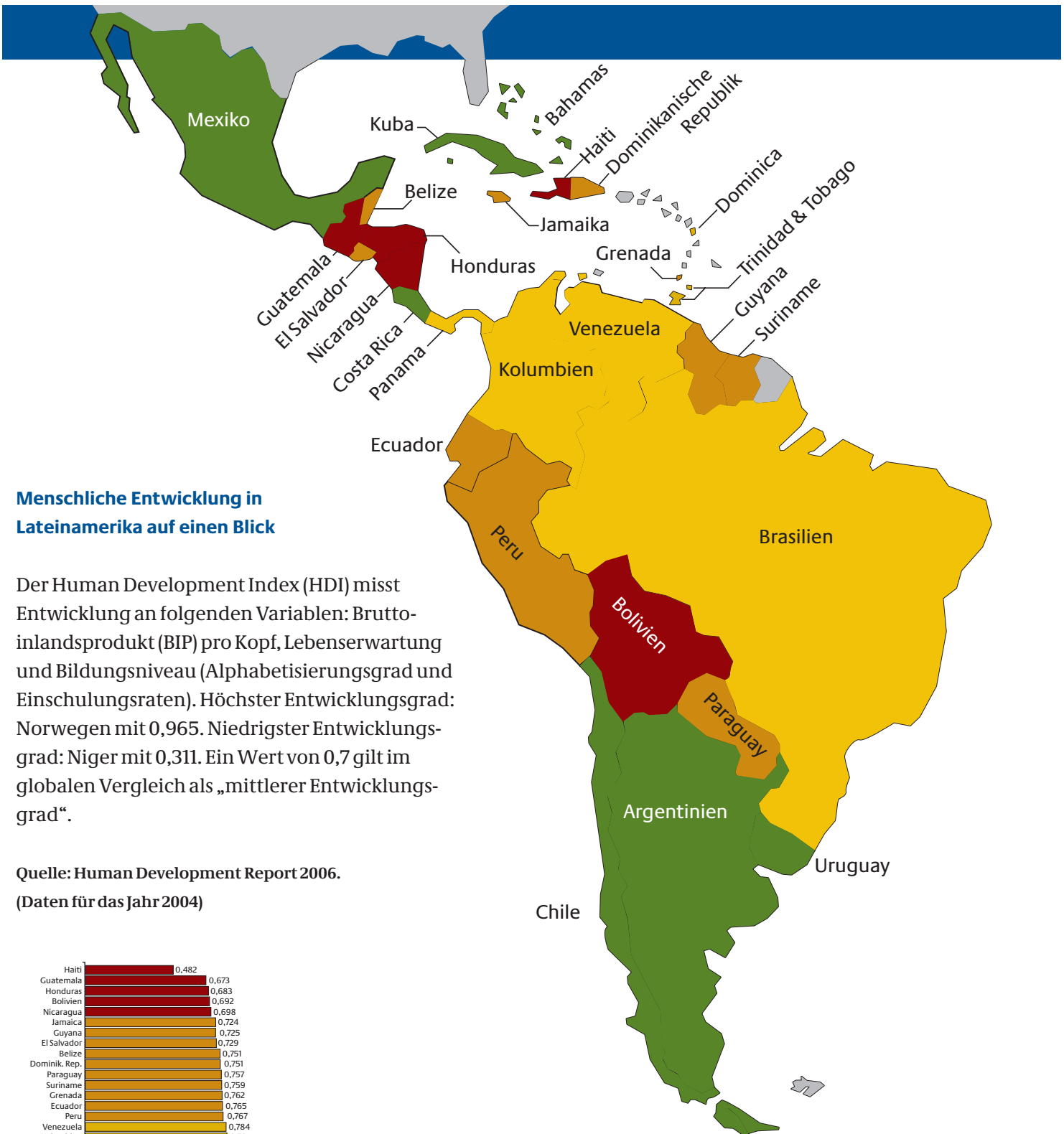
Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit Deutschlands mit Lateinamerika und der Karibik

Bundesentwicklungsministerin
Heidemarie Wieczorek-Zeul

In Lateinamerika galt in den letzten 50 Jahren ein „Entweder-Oder“: Entweder einschneidende Wirtschaftsreformen im neoliberalen Stil, die die Kräfte der Privatwirtschaft entfesseln, den Staat aber schwächen und die soziale Ungleichheit dramatisch verschärfen, oder ein Sich-Einigeln in bestehenden, oft maroden und überkommenen Strukturen bei mühsamer Sicherung einer staatlichen Grundversorgung. Das Fehlen eines „Dritten Weges“, sprich das Fehlen von Politikansätzen, die wirtschaftlichen Strukturwandel mit sozialem Ausgleich und ökologischer Nachhaltigkeit verknüpfen, bezeichnete der UN-Ökonom Fernando Fajnzylber zu Anfang der 90er Jahre als „leeren Kasten“.

Die Erkenntnis, dass es einen Weg geben kann, geben muss, der die im Zuge der Globalisierung notwendigen strukturellen Veränderungen sozial und ökologisch nachhaltig macht, ist heute aktueller denn je.

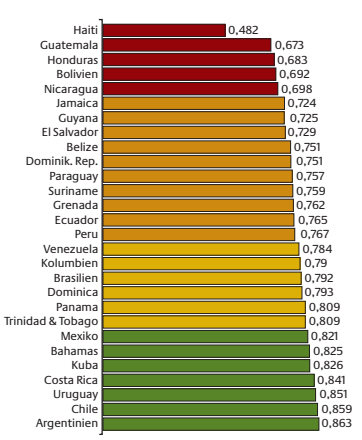
Und sie ist in der Politik angekommen: Der leere Kasten beginnt sich zu füllen. Ein demokratisches und zugleich „sozialeres“ und „nachhaltigeres“ Lateinamerika wird sich, davon bin ich überzeugt, stetig voran bewegen und wird so die Grundlagen für eine aktivere Rolle Lateinamerikas in der Welt schaffen. Es ist Aufgabe der dortigen Regierungen und Gesellschaften, das zu verwirklichen. Und es ist Aufgabe Europas sie dabei zu begleiten und partnerschaftlich zu unterstützen. Die deutsche Entwicklungspolitik wird hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.



Menschliche Entwicklung in Lateinamerika auf einen Blick

Der Human Development Index (HDI) misst Entwicklung an folgenden Variablen: Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, Lebenserwartung und Bildungsniveau (Alphabetisierungsgrad und Einschulungsraten). Höchster Entwicklungsgrad: Norwegen mit 0,965. Niedrigster Entwicklungsgrad: Niger mit 0,311. Ein Wert von 0,7 gilt im globalen Vergleich als „mittlerer Entwicklungsgrad“.

Quelle: Human Development Report 2006.
(Daten für das Jahr 2004)



Alle Länder-Daten im Innenteil 2005, außer Jugendalphabetisierungsrate (2004) und Armut (jeweils aktuell verfügbares Jahr aus World Development Report 2007); Quellen: Weltbank und UNESCO

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika und der Karibik

Die Armutsbekämpfung, die Modernisierung staatlicher Institutionen und der Umweltschutz sind zentrale Herausforderungen der Region

Keine andere Entwicklungsregion ist Europa kulturell enger verbunden und teilt so viele Werte mit Europa. Keine andere Entwicklungsregion wird so demokratisch regiert wie Lateinamerika. Doch viele Lateinamerikanerinnen und Lateinamerikaner hinterfragen die Demokratie und ihre Institutionen. Die Unzufriedenheit ist gewachsen, weil extreme soziale Ungleichheit herrscht, weil gesellschaftliche Gruppen, (vor allem die indigene Bevölkerung und Frauen) benachteiligt werden und weil viele staatliche Institutionen schlecht arbeiten und anfällig für Korruption sind. Die Bekämpfung der Armut kommt nicht schnell genug voran: Im Jahr 1990 waren 28,4 Prozent der Menschen in Lateinamerika und der Karibik arm, 2001 waren es 24,5 Prozent (Weltbank), 2006 trotz günstiger Wirtschaftsentwicklung wohl immer noch mehr als 20 Prozent. Die Regierungen müssen sich anstrengen, um die Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 zu erreichen, allen voran die Halbierung der extremen Armut. Weitere Herausforderungen sind die Trinkwasserversorgung und die Bekämpfung von HIV/AIDS.

Keine andere Region der Welt hat zudem so viele geschützte und ökologisch wertvolle Gebiete. Die Urwälder schrumpfen jedoch. Zwischen 2000 und 2005 ging in Lateinamerika eine Waldfläche von zwei Dritteln der Größe Deutschlands verloren. Dies und der wachsende Ausstoß von Kohlendioxid durch Industrie und Verkehr machen es notwendig umzusteuern.

Deutschland trägt dazu bereits viel bei, sowohl durch seine hohen Beiträge an Weltbank, Interamerikanische Entwicklungsbank und EU-Kommission, als auch durch seine bilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Die Länder Lateinamerikas schätzen Deutschland dabei als kompetenten Partner: die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist stark nachgefragt.

Unser Ziel: Die Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika noch wirksamer machen

Die deutsche Entwicklungspolitik wird sich künftig noch stärker als bisher auf Themen konzentrieren, in denen sie Erfahrung mitbringt und die für eine nachhaltige Entwicklung der Region vorrangig sind. Die Mittel werden so noch effizienter eingesetzt, die Hilfe noch wirksamer. Wir werden:

- **Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Teilhabe der Armen und Benachteiligten stärken.** Dabei geht es unter anderem um die politische und wirtschaftliche Beteiligung von Indigenen, Frauen und jungen Menschen, um eine Verringerung des enormen Gefälles zwischen Arm und Reich, um Korruptionsbekämpfung und die Stärkung des Justizsystems, um eine Stärkung der parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Kontrolle der Regierungen und um die friedliche Lösung sozialer und politischer Konflikte.
- **Umwelt- und Klimaschutz weiter vorantreiben.** Der Schutz natürlicher Ressourcen (Tropenwald- und Artenschutz) und die Förderung nachhaltiger Energien (erneuerbare Energien / Energieeffizienz) sollen auf hohem Niveau fortgeführt bzw. weiter ausgebaut werden.
- **städtische Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung fortführen.** Angestrebt wird eine stärkere Mitgestaltung des zum Teil schwierigen politischen und **gesellschaftlichen Dialogs** um die Ressource (Trink-) Wasser.

Entscheidend ist nicht allein, was man in der Entwicklungszusammenarbeit tut, sondern auch, wie man es tut. Um die Partner nicht zu überfordern und ihre Eigenverantwortung zu stärken haben sich Geber auf eine enge Abstimmung untereinander verpflichtet. Dies kommt der Effektivität der Zusammenarbeit zu Gute. Gleichzeitig wird mehr denn je Wert darauf gelegt, langfristige, nachhaltige Wirkungen zu erzielen (Paris-Erklärung zur Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit von 2005). Für uns bedeutet dies, dass wir

- alle unsere Instrumente noch enger aufeinander abstimmen und noch enger mit den Aktivitäten anderer Geber und denen der Partner verzahnen. Angestrebt wird ein gemeinsames Vorgehen in Form gemeinsamer Programme und gemeinsamer Finanzierungen entlang der Entwicklungsstrategien der Partnerländer;
- neben der bilateralen Zusammenarbeit stärker auf **regionale, länderübergreifende** Ansätze setzen. Hierdurch können wichtige Themen wie die **Bekämpfung von HIV/AIDS, erneuerbare Energien, grenzüberschreitender Tropenwaldschutz und die Förderung regionaler Integration** unterstützt werden. Über die politischen Stiftungen oder in Zusammenarbeit mit „strategischen Partnern“ wie der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) kann der internationale Dialog zu Themen wie „sozial gerechte Steuerreformen“, „Menschenrechte, insbesondere Frauenrechte“ und „Jugend und Gewalt in Zentralamerika“ vertieft werden;
- das dichte Netzwerk deutscher und internationaler **Nichtregierungsorganisationen**, die in Lateinamerika eng mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, weiter tatkräftig unterstützen;
- besonders in den fortgeschritteneren Ländern

Lateinamerika ist für Deutschland und Europa ein wichtiger Partner

Viele lateinamerikanische Länder spielen in der Weltpolitik eine zunehmend aktive Rolle, zum Beispiel bei den Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) oder bei globalen Energie- oder Sicherheitsfragen. Um den globalen Klimawandel und das Artensterben zu bremsen, müssen die großen Tropenwälder und Ökosysteme Lateinamerikas bewahrt und der Ausstoß von Treibhausgasen verringert werden. Zudem ist Lateinamerika ein wichtiger Wirtschafts- und Handelspartner und seit Jahrzehnten ein bedeutender Standort deutscher Unternehmen.

und in Sektoren wie Energie, industrieller Umweltschutz und Wasserversorgung die Entwicklungszusammenarbeit dazu nutzen, **zusätzliches privates Kapital zu mobilisieren**;
- durch Bündelung **innovativer und flexibler Ansätze** in Forschung, Politik und Wirtschaft den Dialog und den Austausch insbesondere mit **Mexiko** und **Brasilien** stärken. Beide Länder haben durch ihr Gewicht in der Region eine Schlüsselrolle bei der Lösung regionaler und globaler Aufgaben, zum Beispiel bei der Armutsbekämpfung, der sozialen Gestaltung der Globalisierung und beim Umweltschutz. Dies wird den in Heiligendamm (G8-Gipfel 2007) verabredeten Dialog zwischen Industrie- und Schwellenländern zusätzlich unterstützen.
- die fortgeschritteneren Länder der Region dazu ermutigen, weniger fortgeschrittene Länder zu beraten und zu unterstützen (**„Dreieckskooperation“**).

Unser Ziel: Faire Chancen für Lateinamerika durch Veränderung globaler Strukturen und Prozesse

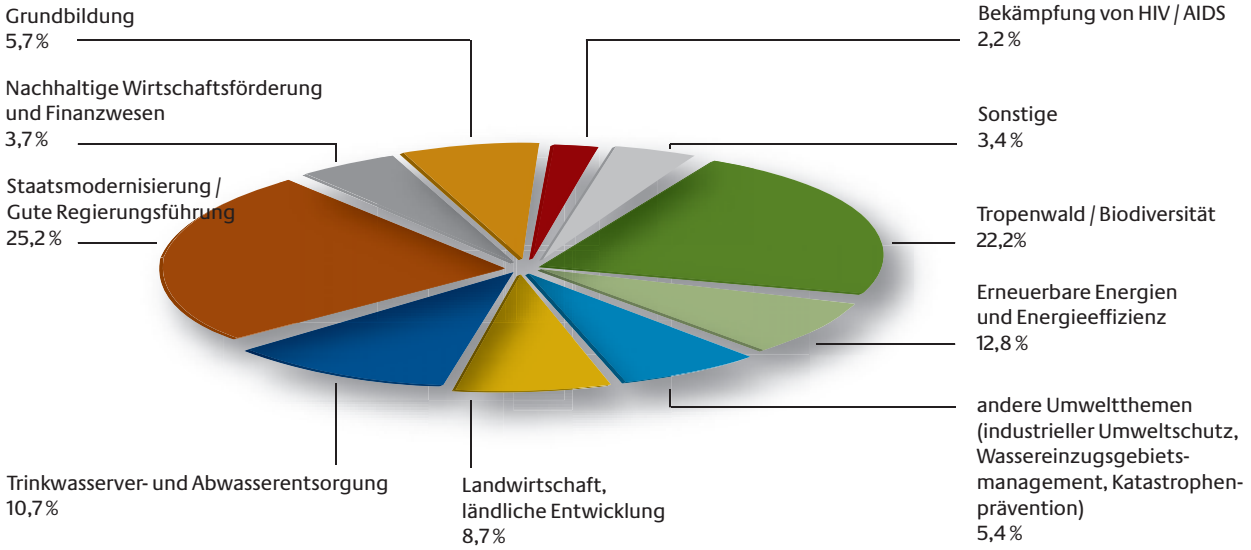
Entwicklungspolitik bedeutet, durch Dialog, Beratung oder Investitionen gemeinsam mit den Partnern und der Bevölkerung diejenigen Strukturen und Prozesse in den Partnerländern zu verändern, die für die Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung besonders wichtig sind. Nicht minder wichtig ist es jedoch, die globalen Strukturen und Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Entwicklungsländer faire Chancen auf Entwicklung erhalten.
Daher wollen und müssen wir uns „einmischen“. Unser Ziel ist, entwicklungspolitische Interessen noch stärker als bisher sowohl in der deutschen und europäischen Politik geltend zu machen. Ebenso wollen wir sie bei der Mitgestaltung internationaler Rahmenbedingungen – wie bei EU-Agrarmarktfragen oder bei Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsrunde – und in den Strategien wichtiger internationaler Akteure wie Weltbank und EU-Kommission verankern.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beauftragt Organisationen wie

- CIM – Centrum für Internationale Migration und Entwicklung („Integrierte Fachkräfte“)
- DED – Deutscher Entwicklungsdienst
- GTZ – Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
- InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung
- KfW Entwicklungsbank – Entwicklungsbank der Kreditanstalt für Wiederaufbau (Finanzielle Zusammenarbeit)

mit der Durchführung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Außerdem unterstützt die Bundesregierung Vorhaben der zivilgesellschaftlichen Kräfte und der politischen Stiftungen (Konrad Adenauer, Heinrich Böll, Friedrich Ebert, Rosa Luxemburg, Friedrich Naumann, Hanns Seidel).

Deutsche Finanzielle und Technische Zusammenarbeit in Lateinamerika: Zusagen 2004, 2005, 2006 und 2007 nach Themen und Sektoren*



* **Die Zusagen (Haushaltsmittel einschließlich Reprogrammierungen, ohne Marktmittel) für diese Jahre betrugen insgesamt 732,8 Millionen Euro.**
Quelle: BMZ

Entwicklungszusammenarbeit aller Geber für Lateinamerika und deutscher Anteil daran
(in ODA**-Nettoauszahlungen)

	1 ODA aller Geber für Lateinamerika	2 Bilaterale deutsche ODA für Lateinamerika	3 Deutscher Anteil an der ODA multilateraler Geber für Lateinamerika	4 Deutscher Anteil *** an der ODA aller Geber für Lateinamerika
2001	6.545,5 Mio. €	373,2 Mio. €	261,2 Mio. €	9,7%
2002	5.334,1 Mio. €	376,9 Mio. €	200,4 Mio. €	10,8%
2003	5.342,5 Mio. €	418,9 Mio. €	297,0 Mio. €	13,4%
2004	5.436,3 Mio. €	533,5 Mio. €	273,8 Mio. €	14,9%
2005	5.063,3 Mio. €	348,8 Mio. €	188,4 Mio. €	10,6%

** **ODA=Official Development Aid nach internationalen (OECD-DAC) Kriterien. Zur bilateralen ODA zählen auch Schuldenerlasse und Leistungen in Deutschland, insbes. Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern**

*** **bilaterale deutsche ODA und deutscher Anteil an multilateraler ODA**

Quelle: BMZ

Bolivien

Indigene in farbenfrohen Trachten, der Altiplano, Lamas, dahinter Berggipfel. Für die meisten ist Bolivien ein Land inmitten der Anden. Dabei ist mehr als die Hälfte tropisches Tiefland. Dort sind in den letzten Jahrzehnten Millionen Menschen hingezogen, angelockt durch die wachsende Land- und Viehwirtschaft, das stetig größere urbane Zentrum Santa Cruz und durch die neuen Erdgasvorkommen. Und doch ist Bolivien das ärmste Land Südamerikas geblieben. 1990 war ein Viertel der Bevölkerung unterernährt, über zehn Jahre später ist der Anteil kaum verändert.

65 Prozent der Bevölkerung sind Indigene, 35 Prozent Mestizen und Weiße. Die indigene Mehrheit ist rechtlich gleichgestellt, war bislang jedoch faktisch ausgegrenzt. Ende 2005 wurde mit Evo Morales zum ersten Mal ein Vertreter der indigenen Bevölkerung zum Staatspräsidenten gewählt. Seine Regierung strebt eine umfassende Umgestaltung des Landes an. Die Armut soll stärker bekämpft, die indigene Bevölkerung gefördert werden.

Bolivien schöpft sein Potenzial bei Erdgas, Bergbau sowie in der Land- und Forstwirtschaft noch nicht voll aus, obwohl Reformen angestoßen sind. Die generelle Armutsorientierung der Politik und die aktive Zivilgesellschaft sind jedoch positive Faktoren. Das Land ist wirtschaftlich von Rohstoffexporten abhängig. Die schlechte Infrastruktur, ein kleiner Binnenmarkt, die schwache Unternehmerkultur und ungünstige klimatische und geographische Bedingungen behindern die Entwicklung.

Was wir tun

Deutschland unterstützt bei der Umsetzung des Nationalen Entwicklungsplans Boliviens Maßnahmen, die konkret die Lebensverhältnisse der armen Bevölkerung auf dem Land und in den Klein- und Mittelstädten verbessern: Landwirtschaft, Bewässerungsanlagen für Kleinbauern, Trinkwasser und Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen sowie mehr Rechtssicherheit. Mit der Zusammenführung der Unterstützung zu großen, kohärenten Programmen wurde die Wirksamkeit der Hilfe deutlich erhöht. Fast alle Akteure der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit sind in Bolivien aktiv. Ebenso engagieren sich Kirchen, politische Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen.

Unter den bilateralen Gebern liegt Deutschland an dritter Stelle nach Japan und den USA. Die Zusammenarbeit der Geber zu koordinieren und Sektorpolitiken besser abzustimmen, ist für Bolivien selbst, aber auch für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit eine vordringliche Aufgabe.

Umfang der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr (2007): 26 Millionen Euro. Im Rahmen der Entschuldungsinitiativen wurden außerdem Schulden von 4,4 Milliarden US-Dollar erlassen. Deutschland beteiligte sich daran und erließ alle bilateralen Schulden: 379 Millionen Euro.

Unsere Themen und Schwerpunkte

- Bekämpfung der Armut
- Verwaltungs- und Justizreform, Stärkung der Zivilgesellschaft
- Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung
- Landwirtschaft einschließlich Bewässerung

Bevölkerung: 9,2 Millionen
Pro-Kopf-Einkommen: 1.010 US-Dollar
Lebenserwartung: 65 Jahre
Jugendalphabetisierungsrate: 97%
Armut: 42,2%
Extreme Armut: 23,2%

Bolivien: Ernte in der Trockenzeit

Die Bäuerinnen und Bauern im Tal von Incahuasi können nur träumen vom Reichtum, den die Gas-Vorkommen Boliviens bedeuten. Sie wären schon froh, wenn sie genügend Wasser für ihre Felder hätten. Nicht nur in den fünf Monaten Regenzeit, sondern auch in den sieben Monaten, in denen fast kein Tropfen fällt. Für viele wird der Traum gerade Wirklichkeit. Mit deutscher Unterstützung legen sie neue Bewässerungskanäle an und reparieren die alten. Kleine Staubecken fangen das Wasser auf, um es für die Trockenzeit zu speichern. Endlich Hoffnung, dass die Ernten steigen und die bedrückende Armut in den meist indigenen Gemeinschaften geringer wird.

Trotz des Rohstoffbooms haben soziale Ungleichheit, Missmanagement und periodische Wirtschaftskrisen dafür gesorgt, dass die Armut im ärmsten Land Südamerikas nur wenig gelindert werden konnte. 42 Prozent der rund neun Millionen Einwohner sind auch heute noch arm. Die Landbevölkerung von Chuquisaca hat praktisch kein monetäres Einkommen und schafft es nur mühsam, von der eigenen Ernte zu leben.

In den Regionen Chuquisaca, Cochabamba und Santa Cruz haben die Bauern inzwischen Hoffnung geschöpft. Mit 8,6 Millionen Euro fördert Deutschland die Sanierung bestehender Bewässerungssysteme. Pluspunkt: Die Bauern haben dort seit Jahrhunderten Erfahrung mit Bewässerung und können daher viele Reparaturen selbst in die Hand nehmen. Manko: Es fehlt an Investitionsmitteln für den Bau und an Know-how, wie die Systeme finanziert werden müssen, um sie auf Dauer instand zu halten. Dies soll sich ändern: Bolivien hat sich zum Ziel gesetzt, den Wassersektor zu dezentralisieren und damit die Distrikte und Bauern künftig selbst in die Lage zu versetzen, die Bewässerung zu organisieren. Deutschland unterstützt das Landwirtschaftsministerium mit Know-how und finanziert die Investitionen, um das Wasser den Anforderungen eines integrierten Wasserressourcen-Managements entsprechend zu nutzen. Voraussetzung:

Die Arbeiten am Bewässerungsnetz werden lokal durch die Landbevölkerung selbst umgesetzt. Das jahrhundertealte Wissen um Bewässerung wird dabei einbezogen und ergänzt. Es werden Bewässerungsverbände gegründet, die die Anlagen dauerhaft betreiben. Je nach Leistungsfähigkeit beteiligen sich die Familien auch finanziell am Bau. Der wichtigste Lerneffekt: Die Bauern nehmen ihr Schicksal selbst in die Hand.

Erste Erfahrungen zeigen, dass die Bauern bereit sind, sich zu beteiligen und die Chancen nutzen, ihre Ernten zu steigern. Schulungen in Technik, Buchhaltung und Organisation bieten die Chance, dass die Bewässerungsverbände auch auf Dauer arbeiten können. Gute Voraussetzungen dafür, dass es in Chuquisaca künftig nicht nur eine Ernte zur Regenzeit geben wird und die Abwanderung während der Trockenzeit abnimmt.

Vor dem Projektbeginn haben rund 15 Prozent der Bevölkerung das Tal von Incahuasi nach der Erntezeit zeitweilig verlassen, um sich vor allem in den Koka-Anbaugebieten als Saisonarbeiter etwas dazu zu verdienen. Dies werden die Bauern ab dem Jahr 2008, wenn die letzen Bewässerungssysteme installiert sind, nicht mehr nötig haben.

Bauarbeiten an einem Bewässerungsgraben

Brasilien

Touristen, die zum Karneval nach Rio fliegen, übersehen angesichts des prunkvollen Festes meist, dass Einkommen und Besitz in Brasilien so ungleich wie sonst nirgends in Lateinamerika verteilt sind. In den Favelas, den Armensiedlungen der Städte wie São Paulo oder Rio de Janeiro, entladen sich die Spannungen als Gewaltkriminalität.

Brasilien ist das größte und bevölkerungsreichste Land Lateinamerikas – zugleich auch mit das einflussreichste. Brasilien war im Jahr 2005 weltweit die zehntgrößte Volkswirtschaft und in Lateinamerika die zweitgrößte nach Mexiko.

Der aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangene Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, der seit 2003 im Amt ist und 2006 wiedergewählt wurde, hat der Bekämpfung der Armut Vorrang eingeräumt. Erste Erfolge: zwischen 2003 und 2005 konnte die Armut um rund ein Fünftel reduziert werden. In den nächsten Jahren will die Regierung gezielt das über Jahre nur mäßige Wirtschaftswachstum steigern. Weitere Reformen, unter anderem des Arbeitsrechts, der staatlichen Bürokratie und im Finanzsektor sind erforderlich. Ebenso wichtig ist es, die Infrastruktur zu verbessern und die Ursachen von Armut zu bekämpfen, beispielsweise durch eine Landreform. Der Umweltschutz stellt eine weitere Herausforderung dar: Fast die Hälfte Brasiliens ist von Regenwald bedeckt, der große Bedeutung für das regionale und globale Klima hat.

Justizministerium in Brasilia

Was wir tun

Die deutsch-brasilianische Entwicklungszusammenarbeit begann in den 60er Jahren. Heute ist das Anker- und Schwellenland Brasilien der wichtigste politische und wirtschaftliche Partner Deutschlands in Lateinamerika und anerkannter Akteur auf der internationalen Bühne. Ebenso wie Deutschland bevorzugt Brasilien eher multilaterale Lösungen. Besonders im Umwelt- und Ressourcenschutz sowie für die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Region spielt das Land eine Schlüsselrolle.

Deutschland ist zweitgrößter bilateraler Geber nach Japan, vor Frankreich und den USA, beim Tropenwaldschutz sogar größter Geber. Dreieckskooperationen, bei denen Brasilien eigene Erfahrungen mit deutscher Unterstützung an weniger entwickelte Länder weitergibt, werden in Zukunft wichtiger werden, zum Beispiel in der HIV/AIDS-Bekämpfung. Mittlerweile werden vermehrt Haushaltsmittel mit von der KfW Entwicklungsbank am Kapitalmarkt aufgenommenen Mitteln gemischt, wodurch das Volumen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit steigt.

Umfang der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr (2007): 46 Millionen Euro inklusive Marktmittel.

Unsere Themen und Schwerpunkte

- Schutz und nachhaltige Bewirtschaftung tropischer Regenwälder
- Erneuerbare Energien / Energieeffizienz
- Integrierte Regionalentwicklung in benachteiligten Gebieten (Nordosten)
- Dreieckskooperationen

Bevölkerung: 186,4 Millionen
Pro-Kopf-Einkommen: 3.460 US-Dollar
Lebenserwartung: 71 Jahre
Jugendalphabetisierungsrate: 97%
Armut: 21,2%
Extreme Armut: 7,5%

Brasilien: eine Atempause für den Regenwald

Diesen Tag wird Simão Jatene, Gouverneur der brasilianischen Region Pará im nördlichen Teil des Amazonas, nie vergessen: Am 4. Dezember 2006 machte Jatene weltweite Schlagzeilen mit seiner Entscheidung, 16,4 Millionen Hektar des wertvollsten Regenwaldes der Welt unter Schutz zu stellen. Ein Gebiet fast halb so groß wie Deutschland. In Pará – der Region, in der der illegale Holzeinschlag mit am schlimmsten wütet und schon ein Drittel des Urwaldes zerstört hat.

Dass inzwischen über ein Drittel des Regenwaldes am brasilianischen Amazonas unter Schutz steht – auch wenn der Holzeinschlag teilweise immer noch weiter geht –, ist auch ein Erfolg deutscher Entwicklungszusammenarbeit. Denn nach der VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio starteten die großen Industrieländer (damals die G7) 1992 die Initiative PPG7 zur Rettung des Urwaldes. Deutschland bewies langen Atem und hat mittlerweile mehr als 300 Millionen Euro zum Schutz des brasilianischen Regenwaldes beigetragen. Inzwischen sind Deutschland, EU und Weltbank die letzten verbliebenen Geber.

Die von der G7, EU, Weltbank und Nichtregierungsorganisationen geförderten Programme haben nicht nur den Wald geschützt, sondern zugleich die Armut bekämpft und Know-how geschaffen. Denn das Unter-Schutz-Stellen von Wald genügt nicht im Kampf gegen illegale Holzfäller. Beispiel Nutzungsrechte: Der Urwald gehört offiziell dem Staat, der sich bislang aber kaum um seinen Schutz kümmert. Dort wo die Nutzungsrechte den Indigenen übertragen wurden, die im Urwald leben, hat sich das geändert.

Auch die brasilianische Öffentlichkeit nimmt inzwischen starken Anteil am Schicksal des Regenwaldes. Führende Politmagazine wie „veja“ oder Tageszeitungen wie „O Estado de S. Paulo“ berichten in großer Aufmachung über Abholzungen, das Vordringen der Soja-Konzerne, Fehler und Initiativen der Regierung. Ministerien, Bundesstaaten und Gemeinden wagen es, dem Raubbau Einhalt zu bieten – auch wenn immer noch jedes Jahr 1,7 Millionen Hektar Wald verloren gehen. Eine Fläche so groß wie Schleswig-Holstein.

Die Fortschritte in Brasilien versucht die deutsche Entwicklungszusammenarbeit seit 2004 auch auf die anderen Amazonas-Anrainer Bolivien, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Peru, Surinam und Venezuela zu übertragen. Nationale Eigeninteressen wie die Ausbeutung der Bodenschätze, Konflikte zwischen einzelnen Ländern und vor allem die wirtschaftliche und politische Macht von Soja- und Holzkonzernen, die teilweise ohne rechtliche Folgen den Regenwald abholzen können, haben die zur Rettung der Urwälder notwendige länderübergreifende Zusammenarbeit bislang erschwert. Deutschland und die Niederlande unterstützen deshalb die aus dem Amazonaspakt hervorgegangene Organisation OTCA, in der die acht Anrainer versuchen, eine nachhaltige Entwicklung im Amazonasgebiet zu schaffen. Denn dem Urwald drohen neue Gefahren: Die steigende Weltmarktnachfrage nach aus Pflanzen (Zuckerrohr, Palmöl etc.) gewonnenen Agrarkraftstoffen könnte aufgrund fehlender Umweltkontrollen eine neue Abholzungswelle auslösen. Dann wäre es schon wieder vorbei mit der Atempause für den Regenwald.

Chile

Chile gilt als Erfolgsmodell. Nach einer langen Militärdiktatur ist es heute eine wirtschaftliche erfolgreiche und politisch stabile Demokratie. Chile hat die niedrigste Korruptionsrate und die deutlichsten Erfolge bei der Armutsbekämpfung in ganz Lateinamerika – in den letzten 15 Jahren konnte die Armut um rund zwei Drittel reduziert werden. Auch die Infrastruktur ist vergleichsweise gut ausgebaut, vor allem im Großraum Santiago, wo sich Bevölkerung und Wirtschaft konzentrieren.

Und doch muss Chile große Probleme lösen: Der Wirtschaftsboom ist vor allem vom Rohstoffexport abhängig: Bis zu 50 Prozent der Exporte des Landes bestehen aus Kupfer. Umgekehrt muss Chile 90 Prozent seines Energiebedarfs importieren. Weil die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich extrem sind, geht es außerdem um eine bessere Verteilung von Wachstumsgewinnen und Wachstumschancen. Investitionen in Bildung, Forschung, Umweltschutz, Energie sowie soziale Gerechtigkeit sind hierfür notwendig.

Nach 16 Jahren Militärdiktatur unter General Pinochet fanden im Jahr 1989 erstmals wieder freie Wahlen statt. Das Rechtssystem ist seither verbessert worden, der Übergang zur Demokratie ist geschafft, das Verhältnis zwischen Militär und Zivilgesellschaft hat sich weitgehend normalisiert. Chile ist mittlerweile ein Schwellenland, das seine Probleme weitgehend selber lösen kann. Die neue Regierung unter Präsidentin Michelle Bachelet setzt diesen Entwicklungskurs fort.

Was wir tun

Nach 17jähriger Unterbrechung lief die staatliche Entwicklungszusammenarbeit zwischen Chile und Deutschland 1990 wieder an. Die im 19. und 20. Jahrhundert hohe Zuwanderung aus Deutschland und enge politische Kontakte in der Gegenwart bringen es mit sich, dass viele Chilenen sich Deutschland nach wie vor verbunden fühlen.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird kontinuierlich an die Gegebenheiten des Schwellenlandes Chile angepasst. So soll mit deutscher Unterstützung in so genannten Dreieckskooperationen chilenisches Know-how an andere, weniger entwickelte Länder weitergegeben werden. Darüber hinaus ist künftig eine Konzentration auf die Bereiche erneuerbare Energien und Energieeffizienz im Rahmen regionaler Kooperationsansätze vorgesehen. Zusätzlich zu den Haushaltsmitteln werden hier von der KfW Entwicklungsbank am Kapitalmarkt aufgenommene Mittel eingesetzt, wodurch das Volumen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit steigt.

Umfang der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr (2007): 20 Millionen Euro inklusive Marktmittel.

Unsere Themen und Schwerpunkte

- Erneuerbare Energien und Energieeffizienz
- Staatsreform (Justizreform, Soziale Sicherung, Dezentralisierung)
- Dreieckskooperationen

Bevölkerung: 16,3 Millionen
Pro-Kopf-Einkommen: 5.870 US-Dollar
Lebenserwartung: 78 Jahre
Jugendalphabetisierungsrate: 99%
Armut: 9,6%
Extreme Armut: < 2%

Chile: den Schalter umlegen

Es war im März 2004, als zum ersten Mal aus den Gasleitungen von Chiles Hauptstadt Santiago nur ein laues Lüftchen kam. Die Stromerzeugung stockte. Wirtschaftsminister Jorge Rodríguez reiste nach Argentinien, das 90 Prozent des in Chile verbrauchten Gases liefert, aufgrund wachsenden Eigenkonsums aber nicht mehr mit den Lieferungen nachkam. Im April wurde der argentinische Botschafter öffentlichkeitswirksam einbestellt. Chile schickte eine Protestnote nach Buenos Aires. Als im April der Regen ausblieb und die Produktion der Wasserkraftwerke nachließ, verschärfte sich die Krise.

Doch die Energieflaute, die sich seitdem schon mehrfach wiederholt hat, war die Geburtsstunde eines neuen Trends: Chile, ein Land mit jährlich um 8,5 Prozent steigendem Energiebedarf und ohne eigene fossile Energieträger, setzt nun auf erneuerbare Energien, um sich von den schwankenden und immer teureren Öl- und Gaslieferungen unabhängiger zu machen. Dabei fördert Chiles neue Präsidentin Michelle Bachelet den raschen Ausbau von Wind, Wasser, Biomasse, Erdwärme und Solarenergie. Sie hat das ehrgeizige Ziel ausgegeben, dass neben der Wasserkraft, die 43 Prozent der Energie liefert, bis 2010 die erneuerbaren Energien einen Anteil von 15 Prozent an den neu zu errichtenden Erzeugungskapazitäten erreichen. In nur drei Jahren. Derzeit liegt der Anteil von Wind, Biomasse und Erdwärme bei gerade 2,4 Prozent. Ein weiteres Potenzial ist die Verbesserung der Energieeffizienz.

Seit 2004 berät Deutschland die nationale Energiekommission Chiles, um die Voraussetzungen zu schaffen, dass erneuerbare Energien rasch wachsen und ans Netz gehen können. So hat Chile mit deutscher Unterstützung im Frühjahr 2006 ein Einspeisungsgesetz auf den Weg gebracht, das die großen privaten Stromversorger – Töchter von Konzernen wie der spanischen Endesa und der italienischen Enel – verpflichtet, Strom aus erneuerbaren Energien ins Netz einzuspeisen. Wenn sie dies nicht tun, müssen sie Strafen bezahlen. Kleine Erzeuger müssen außerdem keine oder nur wenige Übertragungsgebühren zahlen.

Erste geplante Projekte zeigen, wie groß das Interesse der Wirtschaft ist, in den neuen Markt zu investieren. So planen der spanische Acciona-Konzern und die Endesa-Tochter GasAtacama Windparks. Derzeit werden die besten Standorte geprüft. Enel gründete 2005 mit dem staatlichen chilenischen Erdölkonzern ENAP ein neues Unternehmen zur Nutzung von Erdwärmequellen. Geplant ist, bis 2009 eine Pilotanlage und bis 2011 ein großes Kraftwerk bei Chillán oder Calabozo in Betrieb zu nehmen. Bislang schreckte man häufig vor den hohen Kosten für die Bohrungen zurück, die bei zwei bis drei Millionen Euro pro Loch liegen. Chile ist durch den starken Vulkanismus in den Anden jedoch ein idealer Standort für die Erdwärmekraft.

Diese Entwicklungen fördert Deutschland: Chile wurden im Jahr 2007 umfangreiche Darlehen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien zugesagt. Deutschland will nun durch Unterstützung des staatlichen geologischen Dienstes Sernageomin die besten Standorte Chiles finden und damit der Erdwärme zum Durchbruch verhelfen.

Sloman-Damm in der Atacama-Wüste

Costa Rica

Die friedfertige, demokratische Entwicklung Costa Ricas ist in Lateinamerika einzigartig. Das Militär wurde 1950 abgeschafft. Öffentliche Mittel fließen vornehmlich in den Bildungs- und Gesundheitssektor.

Die im Februar 2006 neu gewählte Regierung unter Präsident Óscar Arias bemüht sich um die Modernisierung staatlicher Institutionen, bekämpft die Armut und fördert die Wirtschaft. Bildung, innere Sicherheit, Ausbau der Infrastruktur und eine aktive Außenpolitik sind weitere Schwerpunkte.

Costa Rica hat sich seit den 80er Jahren von einer Agrar- zur Dienstleistungsgesellschaft gewandelt. Die Armut im Land konnte von 30 auf unter zehn Prozent gesenkt werden, die extreme Armut von 15 auf unter zwei Prozent. Politische Stabilität, niedrige Gewaltkriminalität und qualifizierte Arbeitskräfte waren und sind positive Entwicklungsfaktoren. Internationale Unternehmen haben sich angesiedelt. Ökotourismus ist inzwischen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Beim Umweltschutz und in der internationalen Umweltpolitik ist Costa Rica Vorreiter.

Die ausgeprägte Bürokratie und die von hoher interner Verschuldung belasteten öffentlichen Finanzen bremsen jedoch die Entwicklung. Das Freihandelsabkommen mit den USA CAFTA (Central American Free Trade Agreement) wurde in einem Plebiszit nur knapp bestätigt. Für die Zukunft stellt auch die Integration der vielen, meist niedrig qualifizierten nicaraguanischen Einwanderer eine Herausforderung dar.

Was wir tun

Costa Rica ist ein positives Beispiel für erfolgreiche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Diese soll durch neue Kooperationsformen weitergeführt werden, die es ermöglichen, die guten Erfahrungen in die Region und vor allem in die zentralamerikanischen Nachbarländer zu tragen. So werden auch künftig regionale Dialogprozesse und Aus- und Fortbildungsprogramme mit Sitz in Costa Rica unterstützt.

Über so genannte Dreieckskooperationen – zum Beispiel durch Studien und die Mitfinanzierung von Beratungseinsätzen – unterstützt Deutschland Costa Rica bei einem konkreten Wissenstransfer in weniger entwickelte Länder.

Deutschland ist mit den Niederlanden und Spanien einer der größeren Geber und wird Costa Rica künftig in regionale Kooperationsansätze einbinden. Insgesamt hält sich die Entwicklungszusammenarbeit aller Geber in einem bescheidenen finanziellen Rahmen.

Umfang der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr (2007): 3,5 Millionen Euro.

Unsere Themen und Schwerpunkte

- Umweltpolitik
- Städtisch-industrieller Umweltschutz
- Dreieckskooperationen

Bevölkerung: 4,3 Millionen
Pro-Kopf-Einkommen: 4.590 US-Dollar
Lebenserwartung: 79 Jahre
Jugendalphabetisierungsrate: 98%
Armut: 7,5%
Extreme Armut: 2,2%

Costa Rica: nicht nur öko

Er stinkt, der Rio Torres in San José, Costa Ricas Hauptstadt. Abwässer der Industrie, vor allem aber von kleinen und mittleren Betrieben, für die Umweltschutz noch ein Fremdwort ist, sowie Siedlungsabwässer machen den Fluss zum stark belasteten Abwasserkanal. Für die 1,5 Millionen Öko-Touristen, die jedes Jahr nach Costa Rica fahren und dem Land wichtige Devisen einbringen, eine überraschende Erfahrung.

Auch das Vorzeigeland Lateinamerikas in Sachen Umweltschutz hat noch Probleme: Zwar ist der Schutz des Regenwaldes gelungen, knapp ein Drittel des Landes steht unter Naturschutz und die Umweltgesetze kennen sogar eine Öko-Steuer, die für den Schutz von Natur und Umwelt eingesetzt wird. Die Konzentration von Bevölkerung und Industrie auf die Hauptstadt San José macht dem Land und seiner Umwelt zu jedoch schaffen.

Im Großraum der Hauptstadt lebt schon die Hälfte der vier Millionen Einwohnerinnen und Einwohner des Landes, 85 Prozent der nationalen Industrie konzentriert sich in der Region, 70 Prozent des Verkehrs spielen sich in San José ab. Nur die Hälfte des Mülls aus Haushalten, Handel und Industrie werden auf Deponien abgelagert – der Rest landet in der freien Natur. Eine Deponie für Sondermüll gibt es gar nicht. Ein großer Teil des Giftmülls aus Krankenhäusern, Industrie und Landwirtschaft wird mit dem normalen Hausmüll entsorgt. Eine Mülltrennung mit anschließendem Recycling existiert nur in Ansätzen. Eine Situation, die das Öko-Image des Landes gefährdet und unter der besonders die Armen des Landes leiden – deshalb handelt die Regierung jetzt.

Deutschland und Costa Rica haben vereinbart, den städtisch-industriellen Umweltschutz zum Schwerpunkt der Zusammenarbeit zu machen. Abfallmanagement, Umweltstandards für die Industrie und Umweltinvestitionen sind in Costa Rica kaum verbreitet. Es fehlen Know-how, Technik und langfristige Kredite für Umweltinvestitionen. Defizite, die Deutschland unter anderem durch die Unterstützung der einzigen regionalen Beratungsorganisation für betrieblichen Umweltschutz, CEGESTI, beseitigen will. Wie bauen Gemeinden eine effiziente und wirksame Abfallbeseitigung auf? Wie lassen sich industrielle Abwässer am besten reinigen, wie lassen sich Emissionen begrenzen? Fragen und Antworten, die CEGESTI in die Kommunen auf dem Land und in die Hauptstadt trägt.

Doch deutsches Know-how sorgt auch direkt für Erfolge im Umweltschutz. So wurde im Rahmen einer Public Private Partnership in Costa Rica ein Verfahren eingeführt, bei dem ausgewählte Industrieabfälle in der Zementproduktion energetisch genutzt und auf diese Weise umweltfreundlich entsorgt werden. Kleine und mittlere Unternehmen in der Industrie, im Dienstleistungsbereich und im Tourismus erhalten aus deutschen Mitteln langfristige Kredite, um in den Umweltschutz investieren zu können – Mittel, die normale Geschäftsbanken nicht zur Verfügung stellen.

Deutschland unterstützt Costa Rica dabei, diese Erfahrungen und Lösungen anschließend auch an andere, weniger entwickelte Länder der Region weiterzugeben.

Ecuador

Ein Hemmschuh für die Entwicklung des Andenstaates ist die instabile innenpolitische Lage. Nachdem in zehn Jahren sieben Präsidenten vorzeitig ihres Amtes enthoben wurden, regiert seit Januar 2007 Präsident Rafael Correa. Die demokratischen Institutionen sind schwach. Obwohl die Erdölförderung erhebliche Gewinne abwirft, hat sich die wirtschaftliche Lage insbesondere der indigenen und afroamerikanischen Bevölkerungsgruppen kaum verbessert. Die Armut ist heute ebenso hoch wie zu Anfang der 90er Jahre. Rund drei Millionen Ecuadorianer sind ausgewandert, vor allem in die USA und nach Spanien.

Die bisherigen Regierungen haben erkannt, dass der Schlüssel für mehr Entwicklung in der Modernisierung des Staates liegt. Aufgrund unklarer Mehrheitsverhältnisse im Parlament und sehr unterschiedlicher Interessen auch innerhalb der neuen Regierung zeichnen sich bislang jedoch nur wenige Fortschritte ab. Seit Beginn des Jahrzehnts kommen die Reformen im öffentlichen Dienst und im Steuerwesen sowie die Bekämpfung der Korruption nur langsam voran. Ein Lichtblick ist die zunehmende Bürgerbeteiligung bei der Vergabe öffentlicher Mittel.

Die politische Instabilität und die Rechtsunsicherheit haben dazu geführt, dass sich ausländische Investoren zurückhalten. Ecuadors Wirtschaft ist abhängig von wenigen Exportprodukten, vor allem Erdöl, gefolgt von Bananen, Garnelen und Fischkonserven. Dies macht das Land von Preisschwankungen auf dem Weltmarkt stark abhängig.

Was wir tun

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit engagiert sich seit den 50er Jahren in Ecuador. Derzeit sind neben der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit viele nicht-staatliche Organisationen im Land aktiv. Deutschland ist nach den USA und Spanien der drittwichtigste bilaterale Geber.

Die ecuadorianische Regierung ist seit einigen Jahren darum bemüht, die Koordinierung mit den Gebern zu verbessern. Im Ressourcenschutz hat der ecuadorianische Staat mit dem nationalen Schutzgebietssystem (Sistema Nacional de Áreas Protegidas, SNAP) einen guten sektoralen Rahmen und somit die Grundlage für die koordinierte Zusammenarbeit der Regierung mit den internationalen Gebern geschaffen. Auch Deutschland beteiligt sich daran.

Umfang der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr (2006): 7,25 Millionen Euro.

Unsere Themen und Schwerpunkte

- Nachhaltiges Management natürlicher Ressourcen
- Modernisierung des Staates, Dezentralisierung und Förderung lokaler Regierungen

Bevölkerung: 13,2 Millionen
Pro-Kopf-Einkommen: 2.630 US-Dollar
Lebenserwartung: 75 Jahre
Jugendalphabetisierungsrate: 96%
Armut: 37,2%
Extreme Armut: 15,8%

Ecuador: Öl und Armut bedrohen den Wald

Er ist die Kinderstube des Amazonas: Der 205.000 Hektar große Urwald im Schatten des 3.800 Meter hohen Vulkans Gran Sumaco im Osten Ecuadors. Ein Wald, mehr als doppelt so groß wie das Land Berlin. Hier, am Rande der Anden, entspringen der Río Napo und der Río Pastaza, die wichtigsten Quellflüsse des Amazonas. Diese Gegend ist einer der wertvollsten Naturräume Ecuadors, mit einem der artenreichsten Regenwälder der Welt. Sie ist bedroht durch Ölindustrie und die Umwandlung von Wald in Ackerland. Land, das nach zwei Jahren ausgelaugt und wertlos ist.

100.000 Menschen leben am Rande des im Jahr 2000 von der UNESCO als Biosphärenreservat anerkannten Naturparks. Sie sind es, die Deutschland bei der Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium Ecuadors im Blick hat: Sie sollen lernen, dass nicht die Zerstörung des Regenwaldes, sondern seine dauerhafte Nutzung und sein Erhalt eine gute Lebensgrundlage sein können. Nachhaltige Holzwirtschaft, die mit dem Absatz zertifizierter Hölzer höhere Preise erzielt, die Nutzung tropischer Pilze, die Gewinnung ätherischer Öle und der Anbau biologischen Kaffees und Kakaos am Rande des Regenwaldes sind eine Alternative. Bisher wird der Wald meist ganz abgeholzt und abgebrannt. Der Boden wird dann für kurze Zeit – denn er ist schnell ausgelaugt – für einfache Weidewirtschaft oder für den Anbau der einheimischen Zitrusfrucht Naranjilla genutzt.

Hinzu kommt die Belastung durch die wachsende Ölindustrie. Das Pech des Parks Gran Sumaco: Er steht auf einem Ölfeld, das voraussichtlich in zehn Jahren erschöpft ist. Pipelines und Umweltverschmutzungen durch Erdöl belasten den Regenwald und seinen Wasserhaushalt solange massiv.

13.000 Familien haben mit Unterstützung der deutschen Einwicklungszusammenarbeit durch das Programm zum Management natürlicher Ressourcen (NAMARES) bereits auf neue Anbaumethoden umgestellt und damit nicht nur dem Regenwald Gutes getan, sondern zugleich ihre Einkommen erhöht.

Auch andere Wälder in Ecuador sind jedoch bedroht: 150.000 Hektar Urwald – eine Fläche zweimal so groß wie Hamburg – gehen jedes Jahr verloren, weil der Druck der Armen auf den Regenwald groß ist.

Inzwischen hat Ecuador rund 20 Prozent seiner Landesfläche unter Schutz gestellt. Doch der Finanzierungsbedarf des nationalen Schutzgebietssystems SNAP übersteigt die finanziellen Mittel des ecuadorianischen Umweltministeriums und des nationalen Umweltfonds. Deshalb weitet Deutschland seine Zusammenarbeit mit Ecuador im Umweltbereich aus, indem es sich bis 2013 mit 20 Millionen Euro an der Rettung der Urwälder am Amazonas, im Anden-Hochland und an der Küste beteiligt. Davon wird die Schulung der Landbevölkerung für den Ausbau nachhaltiger Anbaumethoden wie der Bio-Produktion finanziert. Sie ermöglicht höhere Einkommen und schützt damit den Urwald vor der Abholzung. Aber auch die Markierung und Überwachung der Regenwälder wird gesichert. Nur so kann man dem Teufelskreis aus Armut und Waldvernichtung entkommen.

Kakaofrucht

El Salvador

El Salvador ist das kleinste Land Zentralamerikas, etwa so groß wie Hessen. Der Frieden nach dem 13-jährigen Bürgerkrieg und die Konsolidierung ab 1992 bescherten dem Land in der ersten Hälfte der 90er Jahre überdurchschnittliche Wachstumsraten. Danach hat sich das Wirtschaftswachstum jedoch deutlich abgeschwächt.

Das Land ist von extremen sozialen Unterschieden gekennzeichnet. Es hat seit den 80er Jahren viele seiner Armen „exportiert" – viele wanderten in die USA aus, häufig illegal. Etwa ein Fünftel der rund acht Millionen Salvadorianer lebt heute dort. Aber fast unverändert ist immer noch mehr als ein Drittel der im Lande gebliebenen Bevölkerung arm.

Zukunftschancen liegen in der vergleichsweise guten produktiven Infrastruktur und in einem soliden Finanz- und Dienstleistungssektor. Durch eine Diversifizierung in der Landwirtschaft könnte El Salvador sich von den fallenden Weltmarktpreisen für Kaffee unabhängiger machen. Präsident Tony Saca hat erstmals die Armutsbekämpfung zu einem wichtigen politischen Thema erhoben.

Die soziale Ungleichheit und die politische Polarisierung sind ebenso wie die sehr hohe Gewaltkriminalität besonders durch die „Maras" – die berüchtigten Jugendbanden, unter denen auch die Nachbarländer Guatemala und Honduras leiden – gravierende Entwicklungshemmnisse. Hinzu kommt die Gefahr von Naturkatastrophen, denn ganz Zentralamerika ist Erdbebengebiet und wird zudem häufig von Wirbelstürmen und sintflutartigen Regenfällen heimgesucht.

Was wir tun

Die Entwicklungszusammenarbeit mit El Salvador besteht seit den 60er Jahren und wurde nach dem Friedensabkommen von Chapultepec im Jahr 1992 im staatlichen und nicht-staatlichen Bereich intensiviert. Zusammen mit den USA, Japan und Spanien ist Deutschland für El Salvador einer der wichtigsten bilateralen Partner.

Ziel aller Geber ist es, das Land bei der Armutsbekämpfung zu unterstützen. Vor allem die extreme Armut soll nach den Plänen der Regierung jährlich um einen Prozentpunkt sinken. Deutschland wird El Salvador künftig in regionale Kooperationsansätze einbinden und leistet außerdem bei Naturkatastrophen – wie zuletzt 2005 anlässlich des Wirbelsturms „Stan" – Not- und Wiederaufbauhilfe.

Umfang der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr (2006): 5,8 Millionen Euro.

Unsere Themen und Schwerpunkte

- Regionale Kooperation im Umweltschutz und Wassereinzugsgebietmanagement
- Nachhaltige Wirtschaftsförderung mit verstärkt regionalen Ansätzen
- Slumrehabilitierung und sozialer Wohnungsbau

Bevölkerung: 6,9 Millionen
Pro-Kopf-Einkommen: 2.450 US-Dollar
Lebenserwartung: 71 Jahre
Jugendalphabetisierungsrate: 90%
Armut: 40,5%
Extreme Armut: 19%

El Salvador: menschenwürdiges Wohnen in der Stadt

Ein Hundeleben ist noch ein besseres Leben in La Iberia, einem der ärmsten Teile der Hauptstadt San Salvador. Die braunen Köter, deren Rippen durch das Fell stechen, stromern zu Hunderten über die schlammigen Wege. Finden sie nichts Essbares mehr, ziehen sie weiter – ihr großer Vorteil. Die Menschen in den Slums der Hauptstadt können das nicht. Wohin auch? Etwa 90.000 „Haushalte" in San Salvador sind Hütten aus Wellblech, Pappe oder Plastikfolie. Von einem festen Dach über dem Kopf sind die Menschen weit entfernt, ebenso von sauberem Trinkwasser, Strom und Kanalisation.

El Salvador ist das am dichtesten besiedelte Land Zentralamerikas. Auf einem Quadratkilometer leben im Durchschnitt mehr als 320 Menschen. Die Bevölkerung wächst schnell und immer mehr Menschen ziehen in die Städte, weil ihnen ihre Lage auf dem Land noch aussichtsloser erscheint. Im Großraum San Salvador ist die Einwohnerzahl in den letzten 30 Jahren um 80 Prozent gestiegen.

Hier setzt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit an, die mit der salvadorianischen Nichtregierungsorganisation FUNDASAL kooperiert. Die Slumbewohner bekommen die Möglichkeit, selbst aktiv zu werden und ihre Lebensverhältnisse zu verbessern. Damit sich die Menschen engagieren, brauchen sie allerdings Rechtssicherheit. Oft ist unklar, wem die Grundstücke gehören, auf denen ihre Hütten stehen. Arme Familien erhalten daher günstige Kredite, mit denen sie die Grundstücke offiziell erwerben und ihren Wohnraum ausbauen können. Zudem werden Gehwege gebaut und ganze Viertel an das städtische Versorgungsnetz angeschlossen.

El Salvador ist ein junges Land: Rund 44 Prozent der Einwohner sind unter 20 Jahre alt. Jugendbanden tragen Gewalt und Drogen in die Viertel. Daher ist es besonders wichtig, Kindern und Jugendlichen Perspektiven zu bieten und das Gemeinschaftsgefühl zu stärken. Dazu werden Freizeit- und Gemeindeeinrichtungen finanziert, zum Beispiel Spielplätze, Schulen oder Grünanlagen. Kredite für Kleinstunternehmer, Fortbildungsmöglichkeiten für Frauen sowie Angebote für Jugendliche erhöhen die Einkommenschancen.

Das Programm fördert das Selbsthilfepotenzial der Menschen und ihre Mitwirkung an der lokalen Entwicklung. Seit 1998 hat sich durch das Programm die Wohnsituation von 11.700 Menschen verbessert. In der laufenden Projektphase sollen weitere 12.000 Menschen erreicht werden. Das Programm „Slumrehabilitierung" verfolgt einen integralen Ansatz. Zum einen verbessert es die individuelle Wohnsituation der Familien, zum anderen die gemeinschaftliche Infrastruktur. Sozialarbeiterinnen und -arbeiter unterstützen die Jugend- und Gemeindearbeit.

Ein weiteres Ziel ist es, der nationalen Wohnungsbaupolitik Impulse zu geben. Neben diesen langfristig orientierten Programmen unterstützt Deutschland auch Menschen, die in Naturkatastrophen um Hab und Gut gekommen sind, zuletzt beim Wirbelsturm „Stan" 2005, als rasch neuer Wohnraum benötigt wurde.

Guatemala

Wer einen der bunten Märkte in Guatemala-Stadt besucht, hört und sieht sofort, dass das ganze Land multiethnisch ist. Neben der Amtssprache Spanisch sind sieben weitere Sprachen anerkannt. Allein 21 Maya-Sprachen sind geläufig, jeder zweite Guatemalteke stammt von einem Maya-Volk ab.

Das bevölkerungsreichste Land Zentralamerikas weist trotz relativ stabilen Wirtschaftswachstums und eines mittleren Pro-Kopf-Einkommens geringe soziale Standards auf. Gut jede fünfte indigene Frau kann weder lesen noch schreiben; 23 Prozent aller Kinder sind unterernährt. Grundbesitz und Unternehmen befinden sich in den Händen weniger Familien. Die enormen sozialen und ethnischen Ungleichheiten erschweren es, die Armut bis 2015 zu halbieren.

Potenziale bestehen in der Landwirtschaft und im Tourismus. Die Verbesserung der Grundbildung aller Kinder und Jugendlichen dürfte langfristig dazu beitragen, diese Chancen besser zu nutzen, Ungleichheiten zu mildern und das friedliche Zusammenleben zu stärken.

In Guatemala herrschte 36 Jahre lang Bürgerkrieg, der erst 1996 für beendet erklärt wurde. Dies hat Spuren hinterlassen. Die Kriminalitätsrate ist extrem hoch. In kaum einem anderen Land Lateinamerikas werden mehr Morde verübt; Guatemala hat nach Russland die höchste Rate an Frauenmorden weltweit. Weite Teile von Polizei und Justiz sind sehr korrupt und schwach. Nur wenige Verbrechen werden bestraft. Das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen ist extrem niedrig.

Was wir tun

Im Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit mit Guatemala steht die praktische Umsetzung des entwicklungspolitischen Aktionsplans Menschenrechte des BMZ. Vordringliche Ziele sind die Unterstützung der gesellschaftlichen Aussöhnung und der Ausbau des demokratischen Rechtsstaates. Der verfolgte Ansatz zielt insbesondere auf den Abbau von Rassismus und geschlechtsspezifischer Diskriminierung ab.

Deutschland zählt neben Spanien, den Niederlanden und Schweden zu den wichtigsten europäischen Gebern. Die Abstimmung der Geber untereinander ist in den vergangenen Jahren immer enger geworden. Der Zivile Friedensdienst ist in Guatemala ein wichtiges Instrument der Entwicklungszusammenarbeit.

Umfang der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr (2006): 7 Millionen Euro.

Unsere Themen und Schwerpunkte

- Friedensentwicklung, Demokratie und Chancengleichheit:
  - > (Grund-)Bildung für Indigene, vor allem Mädchen
  - > Gute lokale Regierungsführung und Entwicklung
  - > Gewaltprävention und friedliche Bearbeitung sozialer Konflikte

Bevölkerung: 12,6 Millionen
Pro-Kopf-Einkommen: 2.400 US-Dollar
Lebenserwartung: 68 Jahre
Jugendalphabetisierungsrate: 82%
Armut: 31,9%
Extreme Armut: 13,5%

Guatemala: die Witwen beginnen zu sprechen

Der Bürgerkrieg ist seit zwölf Jahren vorbei, und fast ebenso lange hat Rosalina Tuyuc geschwiegen. 1982 verlor die Maya-Frau ihren Vater. Dann, im Bürgerkrieg zwischen den Regierungstruppen und der Linksguerilla, ihren Ehemann. Ein Schicksal, das so oder ähnlich über 200.000 Menschen in Guatemala teilen. Meist Angehörige der Maya: 96 Prozent der Toten waren Angehörige der Maya-Völker. Und lange Zeit hat ihr Schicksal nur einige Menschenrechtsorganisationen interessiert.

Erst seit die Menschen begonnen haben, über ihre Trauer zu sprechen und seit die Massaker in mehr als 620 Dörfern im Bericht der Wahrheitskommission 1999 dokumentiert wurden, geriet der 36jährige Bürgerkrieg wieder ins öffentliche Bewusstsein. Dennoch dauerte es bis 2004, bis der guatemaltekische Staat die Hinterbliebenen der Opfer um Vergebung bat und Rosalina Tuyuc an die Spitze der Nationalen Entschädigungskommission berief.

Das Parlament hat sich für die Dauer von elf Jahren verpflichtet, jährlich 40 Millionen US-Dollar für die Entschädigungen der Angehörigen bereit zu stellen. Mit deutscher Unterstützung konnten die sozialpsychologische Beratungseinheit innerhalb des Entschädigungsprogramms aufgebaut werden. Bei den zwölf im ganzen Land eröffneten Zweigstellen können Opfer ihre Anträge einreichen. 4.000 Entschädigungen wurden bis Ende 2006 ausgezahlt. Erst ein kleiner Anfang bei 200.000 Opfern. Das Geld lindert die Not. Doch für eine Gesellschaft, die geprägt ist von Gewalt, Rassismus und wachsender Selbstjustiz, ist das Gespräch noch wichtiger.

Sie leben oft Tür an Tür, die Mörder von einst und die Hinterbliebenen der Opfer. Ohne ein Wort zu wechseln seit 1996, als Regierung und Guerilla Frieden schlossen. Inzwischen reden die Menschen wieder in Guatemala, seit von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ausgebildete Mediatoren – durchweg Angehörige der Maya – in die Dörfer gehen. „Wir sind oft die ersten, die mit den Menschen über ihr Schicksal sprechen“, schildert eine Mediatorin.

Start eines Programms zur „Wiedergutmachung”

Zugleich geht es um die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und um die friedliche Beilegung von Konflikten. So wird die Polizei bei Reformen im Personalbereich und der Verbesserung ihrer Dienstleistungen beraten. Zudem wurde ein Frühwarnsystem aufgebaut, das mögliche soziale Konflikte identifiziert und dem Staat und zivilen Organisationen die Chance gibt, diese friedlicher zu bearbeiten. Für Landkonflikte wird eine Schiedsgerichtsbarkeit eingerichtet, in der Konflikte, etwa um Landrechte zwischen der armen Landbevölkerung und Großgrundbesitzern, nun nicht mehr mit Gewalt, sondern mit friedlichen Mitteln beigelegt werden.

Schließlich engagiert sich Deutschland bei der Umsetzung des Ziels, allen Kindern, vor allem Kindern indigener Familien und Mädchen, neun Jahre Schulbesuch zu ermöglichen. Denn kostenlose, qualitative Grundbildung für alle ist Teil der Millenniumsentwicklungsziele und zentraler Bestandteil der Umsetzung des Rechts auf Bildung.

Honduras

Als Hurrikan Mitch 1998 Honduras verwüstete, erfuhr eines der ärmsten Länder Lateinamerikas mehr Aufmerksamkeit seitens der Weltöffentlichkeit als jemals zuvor – und jemals danach. Die Öffentlichkeit nahm von der mühsamen, oft jahrelangen Beseitigung der Schäden kaum mehr Notiz.

Der Wohlstand in Honduras ist äußerst ungleich verteilt. Trotz mancher Fortschritte bei der Bekämpfung der extremen Armut in den letzten 15 Jahren lebt vor allem die ländliche Bevölkerung – überwiegend Mestizen und Indigene – in Armut. Beim Human Development Index steht das Land nach wie vor auf dem drittletzten Platz in Lateinamerika.

Honduras hat nach Jahren der Militärdiktatur seit den 80er Jahren den Ruf einer stabilen Demokratie. Aus jüngster Zeit liegen gute makroökonomische Kennzahlen vor, das Land geht entschiedener gegen die Armut vor. Wachstumsmotoren sind die Lohnveredelungsindustrie und die Landwirtschaft, allerdings lässt die Produktivität vielfach zu wünschen übrig. Honduras verfügt über reiche natürliche Ressourcen, besonders Wald. Obwohl dieser das langfristig höchste ökonomische Potenzial birgt, wird er nicht nachhaltig genutzt. In den vergangenen 30 Jahren wurden rund 35 Prozent der Waldfläche zerstört.

Korruption und die wenig leistungsfähige öffentliche Verwaltung machen Honduras schwer regierbar. Ein großes Problem, das man auch aus El Salvador und Guatemala kennt, sind kriminelle Jugendbanden, die das staatliche Gewaltmonopol zunehmend in Frage stellen.

Was wir tun

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die honduranische Strategie zur Armutsbekämpfung aus dem Jahr 2001. Sie wurde unter aktiver Beteiligung der Zivilgesellschaft erstellt und hat sich als Orientierungsrahmen für das Handeln der Regierungen etabliert. Ebenso beteiligt sich Deutschland an der Grundbildungsinitiative „Education for All – Fast Track Initiative“ (EfA / FTI) für Honduras.

Nach den USA, Spanien und Japan ist Deutschland der wichtigste bilaterale Geber in Honduras und zugleich größter europäischer Handelspartner. Honduras ist ein Beispiel für die Umsetzung der Paris Agenda, also für eine harmonisierte Zusammenarbeit der Geber, die sich gleichzeitig stärker an der Strategie der Partner ausrichtet.

Umfang der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr (2006): 13 Millionen Euro.

Honduras hat an den Entschuldungsinitiativen teilgenommen, insgesamt wurden Schulden in Höhe von 3,6 Milliarden US-Dollar erlassen. Der deutsche Beitrag lag bei 118 Millionen Euro.

Unsere Themen und Schwerpunkte

- Unterstützung der Armutsbekämpfungsstrategie unter Beteiligung der Zivilgesellschaft
- Grundbildung (EfA / FTI)
- Umweltpolitik, Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen
- Nachhaltige Wirtschaftsförderung mit verstärkt regionalen Ansätzen

Bevölkerung: 7,2 Millionen
Pro-Kopf-Einkommen: 1.190 US-Dollar
Lebenserwartung: 68 Jahre
Jugendalphabetisierungsrate: 89%
Armut: 44,0%
Extreme Armut: 20,7%

Honduras:
wo Kinder gern zur Schule gingen – wenn sie könnten

Da will keine Lehrkraft freiwillig hin: Als Hurrikan Mitch 1998 die Schule von Vuelta am Río Chapagua zerstörte, floh der letzte Lehrer. Es ist schwer, eine neue Lehrerin oder einen neuen Lehrer für die Kinder von Vuelta zu finden – auf dem Land, vier Stunden per Boot von der nächsten größeren Stadt entfernt. Dort, wo Franziskaner-Priester die Kinder notdürftig über Radiosendungen aus der Provinzstadt Trujillo mit „Unterricht" versorgen.

Vuelta ist überall in Honduras. Das Land – eines der ärmsten in Lateinamerika – leidet unter schlechter Bildung. Schulen und Klassenräume sind oft in bedauernswertem Zustand, das Lehrpersonal ist schlecht ausgebildet und gibt nur an 100 Tagen im Jahr Unterricht, statt der vorgeschriebenen 200 Tage. Lehrbücher – teilweise von Deutschland bezahlt – schaffen es nicht bis in die Schulen, weil es Transportengpässe gibt. Zwar werden 90 Prozent der Kinder eingeschult, doch nur 69 Prozent schließen wenigstens die Primarschule ab, davon nicht einmal die Hälfte in der vorgeschriebenen Zeit. Nur 1,1 Prozent der eingeschulten Kinder schließen ein Hochschulstudium ab. Im Durchschnitt geht ein Kind in Honduras nur fünf Jahre zur Schule.

Folge der Bildungsmisere: Das Land, die Wirtschaft, leiden unter dem Mangel an qualifiziertem Fachpersonal. Ministerien und Verwaltung fehlen ausgebildete Beamtinnen und Beamte, den Unternehmen Fachpersonal sowie Managerinnen und Manager. Deshalb liegt die Hoffnung des Landes auf der 2002 gestarteten landesweiten Bildungsinitiative „Plan Education for All – Fast Track Initiative", einer übergreifenden Strategie im Bildungssektor. Bis 2015 soll das Bildungssystem so ausgebaut werden, dass alle Zwölfjährigen wenigstens eine sechsjährige Schulausbildung erhalten haben. Die honduranische Initiative ist Teil der weltweiten Grundbildungsoffensive EfA / FTI. Weltweit beteiligen sich daran viele multilaterale und bilaterale Geber. Zurzeit arbeitet die Initiative mit 28 Ländern zusammen, weitere werden hinzukommen.

Mit 14 Millionen Euro beteiligt sich Deutschland an EfA / FTI in Honduras, das auch Schweden, Spanien und Kanada unterstützen – ein bedeutender finanzieller Beitrag. Die Gelder werden dabei in einen Grundbildungs-Treuhandfonds eingezahlt und fließen zum Großteil direkt in den nationalen (Bildungs-)Haushalt ein, damit die honduranische Regierung ihre Bildungsinitiative umsetzen kann. Das Programm soll die Kompetenz des Bildungsministeriums stärken, die Dezentralisierung des Bildungswesens voranbringen, landesweit die Lehrerausbildung verbessern, die Unterrichtsmaterialien weiter entwickeln und auch Kindern aus armen Familien den Schulbesuch ermöglichen.

Kolumbien

Wann immer über Kolumbien geredet wird, kommt als erstes der Drogenanbau zur Sprache – der Andenstaat ist der weltweit größte „Lieferant“ von Kokain. Als zweites ist von dem bewaffneten Konflikt die Rede, den sich Guerillagruppen, Militär und paramilitärische Gruppen seit über 40 Jahren liefern. Beides ist eng miteinander verknüpft. Die Gewaltakteure nehmen keine Rücksicht: Sie sind für rund zwei Millionen Binnenflüchtlinge und massive Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Zudem herrscht extreme soziale Ungleichheit. Daher hat sich die Armut trotz der guten Wirtschaftsdaten in den letzten zehn Jahren kaum verringert.

Seine wirtschaftliche Dynamik (2006 7,2 Prozent Wachstum) und sein Pro-Kopf-Einkommen rücken Kolumbien in die Nähe von Schwellenländern wie Brasilien. Die meisten Millenniumsentwicklungsziele werden voraussichtlich erreicht. Der Ressourcenreichtum und das hohe Bildungsniveau sind Potenziale, die sich jedoch erst dann vollständig entfalten werden, wenn es gelingt, den bewaffneten Konflikt zu beenden.

Die seit 2002 amtierende und 2006 wiedergewählte Regierung unter Präsident Álvaro Uribe versucht, das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen und verbindet dies mit Gesprächsangeboten an die Gewaltakteure. Zugleich werden umfangreiche soziale Reformen eingeleitet. Die Bilanz dieser Politik ist gemischt. Während sich die Mordrate binnen vier Jahren halbiert hat und die Entführungen um 70 Prozent zurückgegangen sind, laufen die sozialen Reformen schleppend an.

Was wir tun

Seit 1958 besteht die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Kolumbien. Neben den staatlichen Organisationen wirken auch viele nicht-staatliche Institutionen an der Friedenserziehung, der Not- und Flüchtlingshilfe sowie der Wahrung der Menschenrechte mit.

Die USA sind mit Abstand der größte bilaterale Geber in Kolumbien. Deutschland folgt mit weitaus geringeren Mitteln auf Platz zwei, knapp vor den Niederlanden und Spanien. Alle Geber in Kolumbien engagieren sich in der Friedensentwicklung.

Umfang der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr (2007): 5,8 Millionen Euro.

Unsere Themen und Schwerpunkte

- Friedensentwicklung und Krisenprävention:
  - > Verbesserung öffentlicher und konfliktsensitiver Dienstleistungen: zum Beispiel partizipative Stadtrandsanierung, kommunales Finanzmanagement, Korruptionsbekämpfung
  - > Justizreform: größere Präsenz und Effizienz des Rechtsstaates
  - > Friedliche Methoden der Konfliktbearbeitung und Verarbeitung von Gewalterfahrungen: zum Beispiel „Friedensfußball“
  - > Alternativen zum Drogenanbau

Bevölkerung: 45,6 Millionen
Pro-Kopf-Einkommen: 2.290 US-Dollar
Lebenserwartung: 73 Jahre
Jugendalphabetisierungsrate: 98%
Armut: 17,8%
Extreme Armut: 7,0%

Kolumbien: Hoffnung für hoffnungslose Viertel

Ihre Namen klingen wie Musik: San Cristóbal, Ciudad Bolívar, Bosa, Rafael Uribe, Usme. Doch freiwillig lebt niemand in den südlichen Stadtvierteln Bogotás. 90 Prozent der zwei Millionen Menschen hier sind extrem arm, die Mordrate ist dreimal so hoch wie in New York, Drogenhandel und Gewalt sind verbreitet, Frauen sind häufig Opfer sexueller und körperlicher Gewalt. Die Perspektiven: fast aussichtslos. Stadtviertel, in denen ein Begriff wie gute Regierungsführung wie eine Utopie klingt.

Doch genau das, der Aufbau eines guten Steuerungs- und Regelungssystems, ist das Ziel eines Programms, bei dem die Stadtverwaltung und die deutsche Finanzielle Zusammenarbeit kooperieren. „Es genügt heute nicht mehr, eine Straße zu bauen“, sagt Projektbetreuer Rolf Rempel. „Es geht darum, die Menschen in solche Projekte einzubinden.“ Kriminalität, Regelverletzungen, Gewalt zur Lösung von Konflikten: Hier will man ansetzen. Im Rahmen des Programms wurden zum Beispiel 300 Jugendliche als freiwillige Vermittler zur Konfliktlösung an Schulen ausgebildet; Schiedsleute sollen Streit unter Erwachsenen schlichten; Beratungsstellen richten sich vor allem an weibliche Gewaltopfer.

Die Erfahrung, dass Konflikte auch ohne Gewalt zu lösen sind und dass Regeln das Leben vereinfachen und unverzichtbar für ein friedliches Miteinander sind, machen Jugendliche in verschiedenen Bereichen, vor allem im Sport. Waren die Sportanlagen bislang meist in trostlosem Zustand, werden jetzt die Plätze unter Mithilfe der Jugendlichen in Ordnung gebracht. Sie sind für die Plätze verantwortlich, stellen Stundenpläne auf und bilden Teams. Sie machen mit in Jugendclubs und Musikgruppen und beteiligen sich an Lerngruppen und Workshops zur Konfliktvermeidung.

All dies kommt nur zustande, wenn sich die Bevölkerung beteiligt. Fußwege, Spielplätze oder Parkanlagen werden nur dann befestigt und erneuert, wenn die Anwohner sich mit Arbeitsleistung und Geld einbringen. Die Bereitschaft dafür ist groß, trotz der geringen Einkommen. Der Lerneffekt ebenso: Gemeinsam anfassen lohnt sich, es entsteht Gemeinschafts- und Selbstwertgefühl.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bietet hierbei Unterstützung im Rahmen ihres Schwerpunkts „Friedensentwicklung“ an. Das friedliche Zusammenleben in den Armenvierteln Bogotás hat nur eine Chance, wenn sich die Menschen endlich ernst genommen fühlen, wenn sie gefragt und beteiligt werden. Deshalb finanziert Deutschland Vorhaben nur dann, wenn die lokalen Behörden die Bevölkerung beteiligen, wenn die Armen die Chance bekommen, ihre Arbeit und Ideen einzubringen. Das erhöht nicht nur die Identifikation, sondern schafft auch Erfolgserlebnisse und ist zentraler Bestandteil des Rechts, an der Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten teilzunehmen. Dazu kommt die Erfahrung: Einsatz und nicht Gewalt wird belohnt.

Mexiko

In die Schlagzeilen gerät Mexiko, wenn Wirtschaftsflüchtlinge die streng gesicherte Grenze zu den USA zu überwinden versuchen oder wenn es im Süden des Landes Unruhen gibt.

Weniger bekannt ist, dass Mexiko mittlerweile zum Club der Industrieländer (OECD) gehört und dass es die größte Exportnation Lateinamerikas ist, die es verstanden hat, den Freihandel mit den USA für sich zu nutzen.

In Wirklichkeit ist Mexiko beides: aufstrebendes Industrieland mit leistungsfähigen Institutionen und Entwicklungsland mit einem enormen sozialen Gefälle, in dem der Anteil der Armen, die mit weniger als zwei US-Dollar am Tag leben, nur von 25 (1989) auf 20 Prozent (2002) der Bevölkerung gesunken ist. Ein Land in dem Korruption, Kriminalität und Missachtung des Rechtsstaates noch sehr ausgeprägt sind. Arm geblieben ist vor allem der weitgehend indigene Süden des Landes.

Mexiko investiert nur 0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Forschung und Technologie und fällt damit deutlich hinter China oder Indien zurück. Gleichzeitig hat die unkontrollierte Industrialisierung enorme Umweltkosten verursacht. Sie werden auf zehn Prozent des BIP geschätzt.

Seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre gibt es in Mexiko erfolgreiche Ansätze zur direkten Bekämpfung der extremen Armut: Das „Oportunidades"-Programm hat viele der ärmsten Familien erreicht, gilt innerhalb der Region als vorbildlich und wird weitergeführt.

Durch die Wahl von Vicente Fox zum Präsidenten im Jahr 2000 ging die mehr als 70jährige Vorherrschaft der Revolutionären Institutionellen Partei (PRI) zu Ende. Die Auseinandersetzungen um den Wahlsieg von Felipe Calderón im Jahr 2006 und wiederkehrende Proteste im Süden zeigen aber, dass noch kein Konsens bezüglich des künftigen Entwicklungsweges besteht.

Was wir tun

Wer Entwicklungszusammenarbeit als globale Strukturpolitik versteht, weiß, dass das Ankerland Mexiko ein wichtiger Partner für die Gestaltung der Globalisierung ist. Die Zusammenarbeit mit Mexiko wurde daher dem Entwicklungsstand angepasst und vertieft. Das Ziel, die ökologisch nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Mexiko zu fördern, wird künftig durch eine enge Verzahnung mit dem technologischen und wissenschaftlichen Austausch, wie er vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gesteuert wird, zusätzlich unterstützt.

Außerdem will Mexiko mehr Verantwortung in der Region übernehmen. Dabei spielen so genannte Dreieckskooperationen eine wichtige Rolle. Mexikanisches Know-how kann so mit deutscher Hilfe an weniger entwickelte Länder übertragen werden.

Umfang der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr (2006): 2 Millionen Euro

Unsere Themen und Schwerpunkte

- Städtisch-industrieller Umweltschutz
- Erneuerbare Energien / Energieeffizienz
- Dreieckskooperationen und Unterstützung beim Management der mexikanischen Entwicklungszusammenarbeit
- wissenschaftlicher und technologischer Austausch

Bevölkerung: 103,1 Millionen
Pro-Kopf-Einkommen: 7.310 US-Dollar
Lebenserwartung: 75 Jahre
Jugendalphabetisierungsrate: 98%
Armut: 20,4%
Extreme Armut: 4,5%

Mexiko: vom Empfänger zum Geber

Wenn Präsident Felipe Calderón mexikanische Entwicklungshelferinnen und -helfer nach Guatemala schickt, wird dies in Mexiko nicht unbemerkt bleiben: Mexiko, das Land, das Jahrzehnte lang selbst von Entwicklungshilfe profitierte, gegen dessen Armutsflüchtlinge sich Nachbar USA mit einem eintausend Kilometer langen Grenzzaun schützt, leistet selbst Aufbauhilfe in der Region. Ein Paradigmenwechsel.

Eigentlich dürften die mexikanischen Entwicklungshelferinnen und -helfer, die ab 2007 mit deutscher Unterstützung erstmals in Guatemala ein Netzwerk von Umweltberaterinnen und -beratern für die Abfallwirtschaft auf kommunaler Ebene aufbauen, gut beraten können. Denn Mexiko kämpft seit Jahren selbst gegen die wachsende und zum Teil bedrohliche Umweltbelastung. Das starke Wachstum von Industrie und Verkehr in ganz Mexiko und die Ballung von über 20 Millionen Menschen in der Hauptstadtregion haben die Umweltsituation weiter zugespitzt.

Die mehr als 200.000 kleinen und mittleren Produktionsbetriebe liegen oft mitten in Wohngebieten. Nur wenige Unternehmen verfügen über saubere Produktionsverfahren, Kläranlagen und Filter, weshalb Wasser, Boden und Luft stark belastet sind. Gefährliche Abfälle werden oft nicht korrekt entsorgt. Probleme, die Mexiko seit der Gründung des Umweltministeriums 1994 mit deutscher Unterstützung angegangen ist. Heute gibt es auf Bundesebene eine moderne Umweltgesetzgebung mit Verordnungen, Umweltstandards und Grenzwerten, ergänzt durch Umweltgesetze und Vorschriften auf einzelstaatlicher und kommunaler Ebene. Die Nachbarn im Süden sind von so etwas noch weit entfernt.

Mexiko profitiert mittlerweile doppelt davon, dass der städtisch-industrielle Umweltschutz eines der Hauptthemen der Zusammenarbeit mit Deutschland ist. Erstens durch die Senkung der Umweltbelastung zuhause. Zweitens dadurch, dass Mexiko das Know-how, das es erworben hat, nun auch anderen, armen Ländern der Region, vorrangig in Zentralamerika, zur Verfügung stellen kann. Deutschland gibt hierfür eine Anschubhilfe in Form so genannter Dreieckskooperationen. Dabei bündeln Mexiko und Deutschland Finanzmittel und Know-how, um Probleme in der Region zu lösen. So orientiert sich die Hilfe in Guatemala am mexikanischen Umweltnetzwerk GIRESOL. Dort haben inzwischen mehr als 120 ausgebildete Umweltberaterinnen und -berater in hunderten Gemeinden die Kompetenzen im Abfallmanagement verbessert. Das Modell der Dreieckskooperation stößt auf großes Interesse. Es liegen bereits Anfragen aus Costa Rica, der Dominikanischen Republik, Ecuador und Nicaragua vor.

Kooperationen, von denen nicht nur die Region profitiert, sondern auch Mexiko. Entwicklungszusammenarbeit ist im günstigen Fall eine echte Hilfe zur Selbsthilfe. Dreieckskooperation besteht darin, anderen dabei zu helfen, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Nicaragua

Er machte weltweite Schlagzeilen, der Sturz des nicaraguanischen Diktators Somoza am 19. Juli 1979 durch die Sandinisten. Auch danach kam Nicaragua nicht zur Ruhe. Contra-Rebellen, unterstützt durch die USA, bekämpften die neue Regierung. Erst nach den ersten freien Wahlen von 1990 endete der Konflikt.

Nicaragua ist nach Haiti das ärmste Land Lateinamerikas, seine Wirtschaft schwach. In den 90er Jahren hat das Land leichte, in diesem Jahrzehnt bislang kaum noch Fortschritte bei der Armutsbekämpfung gemacht.

Neben Costa Rica ist Nicaragua das sicherste Land Zentralamerikas mit wenig Gewaltkriminalität. Das agro-industrielle und touristische Potenzial des Landes wird bislang nicht ausgeschöpft. Die bis Ende 2006 amtierende Regierung unter Enrique Bolaños hat wirtschaftliche Stabilität erreicht und eine Armutsbekämpfungsstrategie erarbeitet, an die die seit 2007 amtierende Regierung von Daniel Ortega anknüpfen will. Reformen scheitern allerdings oft daran, dass sich im Parlament keine Mehrheiten finden.

Häufige Tropenstürme und Erdbeben, die hohe Unterbeschäftigung von rund 50 Prozent, die extrem ungleiche Einkommensverteilung sowie das geringe Bildungsniveau stellen Nicaragua vor erhebliche Herausforderungen. Ebenso müssen die verbreitete Korruption, die geringe Rechtssicherheit und die Integration der besonders armen Atlantikregion angegangen werden.

Was wir tun

Deutschland ist seit den 80er Jahren ein wichtiger Partner. Neben der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit stehen nicht-staatliche Träger mit Städtepartnerschaften, Projekten der Ernährungssicherung oder zur Stärkung lokaler Strukturen etc.

Heute gehört Deutschland zu den fünf wichtigsten bilateralen Gebern (USA, Japan, Niederlande, Schweiz). Die Entwicklungszusammenarbeit trägt 15 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt Nicaraguas bei – mehr als in jedem anderen Land der Region. Sie kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn alle circa 43 im Land vertretenen Geber sich eng mit der Regierung abstimmen. Dafür wurden in einem Aktionsplan Vorgehensweisen und Ziele vereinbart, die von der neuen Regierung nun wieder aufgegriffen werden müssen. Deutschland hat insbesondere in den Bereichen Trinkwasser und Dezentralisierung eine Führungsrolle innerhalb der Geber.

Umfang der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr (2007): 7,25 Millionen Euro.

Zwischen 2004 und 2006 wurden mehr als die Hälfte der 5,1 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden erlassen. Deutschland beteiligte sich daran mit 492 Millionen Euro – der bislang größte deutsche Schuldenerlass im Rahmen der HIPC-Initiative.

Unsere Themen und Schwerpunkte

- Umsetzung der Strategie zur Armutsbekämpfung
- Haushaltstransparenz, Korruptionsbekämpfung, Dezentralisierung
- Schutz und Nutzung natürlicher Ressourcen, Prävention von Naturkatastrophen (Regionalprogramm)
- Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung

Bevölkerung: 5,5 Millionen
Pro-Kopf-Einkommen: 669 US-Dollar
Lebenserwartung: 70 Jahre
Jugendalphabetisierungsrate: 96%
Armut: 79,9%
Extreme Armut: 45,1%

Nicaragua:
weniger Korruption durch Haushaltstransparenz

Es geht nicht nur um die 100 Millionen US-Dollar, die der frühere Staatspräsident Arnoldo Alemán veruntreut haben soll. Vetternwirtschaft, Bestechung, Amtsmissbrauch und fehlende Strafverfolgung sind allgegenwärtig in Nicaragua. Wer sich in einem Gesundheitszentrum der Hauptstadt Managua behandeln lässt, braucht offiziell nichts zu bezahlen. Das medizinische Personal verlangt dennoch Geld, weil es von seinem Gehalt nicht leben kann.

Der Staat und seine Institutionen haben das Vertrauen der Menschen weitgehend verloren. Nur noch ein Drittel der nicaraguanischen Bevölkerung glaubt an die Regierung, das Parlament, an die Gerichte und die Parteien (Latinobarómetro 2006). Im Korruptions-Index von Transparency International (CPI 2006) liegt das Land gemeinsam mit Guatemala und nach Honduras auf dem vorletzten Platz in Zentralamerika und weltweit auf Platz 111 von 158.

Korruption behindert und gefährdet Entwicklung. Sie bedroht gerade diejenigen, die auf staatliche Dienstleistungen angewiesen sind: die Armen. Die Bekämpfung der Korruption in Nicaragua hat deshalb Vorrang. Zunächst muss der gesamte Prozess der Aufstellung des nationalen Haushalts transparenter gestaltet werden. Nur wenn klar ist, wohin das Geld gehen soll, weiß man später, ob es richtig oder falsch verwendet wurde. Deutschland und andere Geber unterstützen die Regierung seit Jahren dabei, den Haushalt nach internationalen Standards aufzubauen und sogar ins Internet zu stellen. Die öffentlichen Ausschreibungen sind heute transparenter. Erstmals gibt es eine mittelfristige Finanzplanung, die hilft, die Folgekosten von Investitionen besser abzuschätzen. Außerdem geht es um die Stärkung der Finanzkontrolle: Die externe Kontrolle durch den nicaraguanischen Rechnungshof wurde trotz schwieriger politischer Rahmenbedingungen verbessert, was sich in der Qualifizierung des Personals und in der Schaffung dezentraler Anlaufstellen für Beschwerden der Bürger niederschlägt. Erstmals wird nun auch der gesamte Staatshaushalt einer systematischen Prüfung durch den Rechnungshof unterzogen. Die klarsten Fortschritte sind auf lokaler Ebene zu verzeichnen: die interne Finanzkontrolle der Gemeinden, die einen wachsenden Anteil der Staatseinnahmen ausgeben, konnte deutlich verbessert werden.

Viel bleibt noch zu tun. Vor allem ein starker politischer Wille zur Erhöhung der Haushaltstransparenz und zur Eindämmung der Korruption sowie die konsequente Verfolgung von Straftätern tun nach wie vor Not. Nicaragua steht hier vor schwierigen Reformprozessen, die allerdings angegangen werden müssen, wenn das Vertrauen der internationalen Geber und der eigenen Bürger erlangt beziehungsweise erhalten werden soll. Unter anderem müssen Schattenhaushalte konsequent abgebaut, die Justiz – insbesondere die Staatsanwaltschaft – entpolitisiert und gestärkt werden. Und auch das Parlament muss seiner Kontrollfunktion stärker nachkommen, indem es sich intensiv mit den Prüfberichten des Rechnungshofs auseinandersetzt.

Paraguay

Paraguay ist das einzige Land Amerikas, in dem auch die mestizische Bevölkerungsmehrheit und die Stadtbewohner neben einer europäischen Sprache (Spanisch) fast durchgehend eine indigene Sprache sprechen: Guaraní.

18 Jahre nach dem Sturz von Diktator Stroessner (1954-89) befindet sich das Land immer noch im Übergang zu einer modernen Demokratie. Seit August 2003 ist Präsident Nicanor Duarte im Amt. Seine Politik zeigt erste Erfolge. Ein Zollgesetz und Steuerreformen helfen bei der Sanierung der Finanzen, Korruption und Schattenwirtschaft werden bekämpft.

Die Land- und Forstwirtschaft und die Agrarindustrie sind bislang das Rückgrat der paraguayischen Wirtschaft. Sie haben weitere Potenziale, wenn sie umweltschonend genutzt werden. Chancen – zum Beispiel als Zulieferer industrieller Halbfertigprodukte – ergeben sich außerdem durch die Zusammenarbeit im südamerikanischen Binnenmarkt Mercosur.

Allerdings muss sich Paraguay noch als Demokratie festigen. In Sachen „guter Regierungsführung" gehört Paraguay leider zu den Schlusslichtern in Lateinamerika. Es liegt auf einem der hintersten Plätze beim Ranking des Korruptions-Index (CPI) in Lateinamerika. Die Besitzverteilung ist extrem ungleich: 80 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen gehören zwei Prozent der Bevölkerung. Bei der Armutsbekämpfung gibt es seit Anfang der 90er Jahre kaum Fortschritte.

Was wir tun

Ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist seit Ende der 80er Jahre, den Übergang von der Diktatur zur Demokratie zu begleiten. Deutschland hilft, demokratische Strukturen zu stabilisieren und die extremen Ungleichheiten zwischen Arm und Reich sowie zwischen Stadt und Land abzubauen. Die deutsch-paraguayischen Beziehungen haben sich seit Beginn der Amtszeit von Präsident Duarte intensiviert.

Deutschland gehört nach Japan und den USA zusammen mit Spanien zu den wichtigsten Gebern und wird Paraguay künftig in neue Kooperationsansätze einbinden.

Umfang der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr (2006): 2,7 Millionen Euro.

Unsere Themen und Schwerpunkte

- Bekämpfung der Armut, Modernisierung des Staates:
  - > Dezentralisierung
  - > Justizreform
  - > Stärkung der Zivilgesellschaft
- Beratung mit dem Ziel, den Integrationsprozess des Gemeinsamen Marktes im südlichen Lateinamerika (Mercosur) zu unterstützen

Bevölkerung: 6,2 Millionen
Pro-Kopf-Einkommen: 1.280 US-Dollar
Lebenserwartung: 71 Jahre
Jugendalphabetisierungsrate: 96%
Armut: 33,2%
Extreme Armut: 16,4%

Paraguay: Wiederaufbau von ganz unten

Die Hauptstadt Asunción ist weit weg. Von dort ist nicht viel zu erwarten. Und was von dort kommt, ist oft nichts Gutes. In kaum einem Land der Region grassiert so viel Korruption, sind staatliche Institutionen so ineffizient, sind Entscheidungskompetenzen so unklar wie in Paraguay. Genau deswegen ist Dezentralisierung eine Hoffnung. Denn auch wenn die alte Staatspartei nach wie vor dominiert – auf der lokalen Ebene kennt man sich und ist eher dazu bereit, pragmatisch und gemeinsam an den Problemen zu arbeiten. Auf der lokalen Ebene ist ein politischer und kultureller Wandel leichter auszulösen und voranzutreiben. Das zeigen die partizipativen Bürgerhaushalte, in denen die Bürgerinnen und Bürger intensiv bei allem mitwirken, was sich in ihrer Stadt und Gemeinde tut.

Dennoch ist die Lage schwierig. Niedriges und schwankendes Wirtschaftswachstum, die Armut, ein Staat, dessen Institutionen kaum präsent oder hochkorrupt sind und der Vertrauensverlust in die Demokratie sind Kernprobleme. Die Hoffnung: Das Vertrauen in die politischen Strukturen vor Ort wecken und das Land so von unten erneuern. Ein langer Weg.

Ein Weg, den zum Beispiel die 15.000 Einwohner von Loreto gehen, im Departement Concepción. Wenn sie wollen, dass sich was bewegt in Loreto, dann müssen sie aktiv werden. Denn nur, wenn sie sich in Bürgerinitiativen, so genannten Nachbarschaftskomitees, engagieren und konkrete Vorschläge machen, die sie auch selbst umsetzen, erhält Loreto zusätzliches Geld. Mittel, die die binationalen Wasserkraftwerke Itaipú und Yacyretá für Investitionen an die Gemeinden ausschütten. Als die Bürger von Loreto 2005 zum ersten Mal zusammen saßen, wurden 15 Vorschläge gemacht, deren Realisierung zwischen 300 und 2.200 Euro kostet: Bessere Ausstattung und Computer für die Schule, Reparatur von Wegen, Bau einer Apotheke für Arme, Fertigstellung und Einrichtung eines Gesundheitspostens.

Inzwischen kommen bis zu 200 Bürger zu den Sitzungen des Gemeinderates, wenn er öffentlich über die Vorschläge diskutiert und abstimmt. Und die Zahl der Vorschläge ist 2006 auf bis zu 100 gestiegen. Ein Vertrauensbeweis.

Mit 12,5 Millionen Euro fördert Deutschland bis 2010 das Ziel, lokal und regional die Bürgerbeteiligung zu stärken, die Einkommen durch die Förderung der lokalen Wirtschaft zu steigern, Jugendliche in die Entwicklung einzubeziehen und schließlich den Dialog mit den nationalen Behörden wieder aufzunehmen. Damit die Menschen wieder Vertrauen schöpfen wie in Loreto.

Peru

Der Andenstaat Peru hat sich in den vergangenen Jahren mit über sechs Prozent Wachstum pro Jahr wirtschaftlich gut entwickelt. Trotzdem sind die Erfolge im Kampf gegen die Armut recht bescheiden. Die Armutsquote sank leicht, nach wie vor geht der wirtschaftliche Aufschwung aber an weiten Teilen der Bevölkerung vorbei. Die Einwohner indianischer Abstammung – wie in Bolivien und Guatemala stellen sie die Mehrheit – vertrauen dem Staat immer weniger. Die Landflucht ist nach wie vor praktisch ungebremst, das Leben in den überfüllten Slums der Hauptstadt wird jedoch gleichfalls immer schwieriger. Armut und Gewalt prägen das heutige Lima mehr als vor dreißig Jahren.

Seit Juli 2006 ist Alan García Präsident Perus. Die Wähler erwarten von ihm, dass er an die wirtschaftlichen Erfolge der Vorgängerregierung anknüpft und sich besonders der armen Bevölkerung annimmt. Ein wichtiger Punkt auf der Reformagenda ist somit die Erarbeitung einer umfassenden Armutsminderungsstrategie, die insbesondere auf die Verringerung der sozialen Ungleichheit sowie auf die Fortsetzung der Staatsreform zugunsten einer stärkeren Dezentralisierung, einer Justizreform und der Korruptionsbekämpfung abzielt.

Positiv ist außerdem, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden sollen. Die Bevölkerung wird zunehmend an Entscheidungen beteiligt. Das Reisen ist nach dem Ende des Terrors der Guerillas des „Sendero Luminoso“ (Leuchtender Pfad) sicherer geworden, was dem Tourismus zu Gute kommt.

Was wir tun

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit engagiert sich seit den 60er Jahren stark. Haushaltsmittel werden vermehrt mit Mitteln gemischt, die am Kapitalmarkt aufgenommenen werden. Das Volumen der Hilfe wird so deutlich gesteigert.

Deutschland gehört nach den USA zu den wichtigsten bilateralen Gebern und hat dazu beigetragen, die Zeiten terroristischer und staatlicher Gewaltherrschaft aufzuarbeiten und demokratische Strukturen wieder herzustellen. Im Bereich Trinkwasserversorgung, in dem Deutschland eine führende Rolle spielt, konnten in den vergangenen Jahren die Anschlussraten erheblich erhöht und die Rahmenbedingungen verbessert werden. Alle Programme werden mit anderen Gebern harmonisiert und an nationale Vorgaben angepasst. Gemeinschaftsfinanzierungen und gemeinsame sektorale Programme nehmen zu.

Auch in der nicht-staatlichen Zusammenarbeit gibt es intensive und enge Kontakte, zum Beispiel mit der Arbeit der politischen Stiftungen zur Stärkung der Demokratie oder mit den kirchlichen Hilfswerken bei der Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Armen.

Umfang der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr (2007): 50,2 Millionen Euro inklusive Marktmittel.

Unsere Themen und Schwerpunkte

- Demokratie, Zivilgesellschaft und öffentliche Verwaltung
- Wasser mit Schwerpunkt Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung
- Nachhaltige ländliche Entwicklung, Schutz und Nutzung natürlicher Ressourcen

Bevölkerung: 28 Millionen
Pro-Kopf-Einkommen: 2.610 US-Dollar
Lebenserwartung: 70 Jahre
Jugendalphabetisierungsrate: 97%
Armut: 31,8%
Extreme Armut: 12,5%

Peru: Wasser ist knapp und billig

Es fehlte nicht viel und die Trinkwasserversorgung der 180.000 Bewohner der im Norden Perus liegenden Provinzhauptstadt Tumbes wäre Anfang 2000 zusammengebrochen. 15 Prozent aller Krankheitsfälle in der Bevölkerung ließen sich auf verschmutztes Wasser zurückführen. Wasser gab es nur stundenweise. Die Wasserverluste im Netz hatten den Wert von 65 Prozent erreicht. Ein Netz wie ein Sieb. Vom restlichen Wasser wurde gerade für 40 Prozent bezahlt. Die kommunale Wasserversorgung stand kurz vor der Pleite.

Die örtlichen Netze sind marode, weil die Einnahmen fehlen, um zu investieren. Da Wasser wie Luft als freies Gut gilt, will kaum jemand dafür bezahlen. Was meist ohne Folgen bleibt, weil Rechnungen kaum eingetrieben werden. Kostendeckung spielt fast keine Rolle. Oft werden sogar die Einnahmen der Wasserwerke in den Haushalt abgezogen. Hinzu kommen: mangelhafte Betriebsführung, hohe Schulden, fehlende Investitions- und Finanzplanung.

Inzwischen hat sich nicht nur in Tumbes die Lage deutlich verbessert. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat landesweit das Soforthilfeprogramm der Regierung unterstützt, das den Wasserversorgern Finanzmittel zur Sanierung der Netze, Erneuerung von Brunnen, Hausanschlüssen und Aufbereitungsanlagen bereitstellt. Entscheidend ist bei dem laufenden Programm, dass die in zehn Städten unterstützten Wasserversorger moderne Managementtechniken erlernen und künftig Wassergebühren korrekt berechnen.

Das ist nicht selbstverständlich in Peru: So kennt das Management oft weder den Umfang der Wasserproduktion, noch die Höhe der Wasserverluste, die in Peru im Schnitt bei rund 50 Prozent liegen. Weil Wasseruhren fehlen, können die Wasserwerke auch keinen Verbrauch messen. Es fehlen Rücklagen für Investitionen, es gibt keine korrekte Finanzplanung.

Mittlerweile steht das Thema Wasserverluste auf jeder Sitzung der Unternehmensführung in Tumbes. Das Führungspersonal wurde geschult und ein Management-Informationssystem für Kostenrechnung, Finanzbuchhaltung und Rechungswesen eingeführt. Mit deutscher Unterstützung wurde gleichzeitig ins Netz investiert. Erste Erfolge: Die Wasserverluste in Tumbes sanken binnen eines Jahres von 65 auf 59 Prozent, bei einem ähnlichen Projekt in der Provinzhauptstadt Ayacucho sogar von 60 auf 46 Prozent. Ein Anfang.

Seit 1996 betraf fast die Hälfte der deutschen Finanzzusagen für Peru den Trink- und Abwassersektor, der einer der drei Schwerpunkte deutscher Zusammenarbeit ist. Unterstützung, die wirkt: So hat sich die Wasserversorgung insbesondere der armen Bevölkerungsschichten erhöht, die Provinzhauptstadt Cajamarca ist cholerafrei.

Zusätzliches Know-how will die peruanische Regierung künftig durch die Einbindung privater Firmen als Betreiber mobilisieren. Das ist sinnvoll, wenn dadurch die Effizienz erhöht und die Kosten für die Wasserbereitstellung insgesamt gesenkt werden können. Das Ziel ist: zuverlässige Wasserversorgung für alle. Rund um die Uhr und nicht nur stundenweise.

Die Karibikstaaten

Die Karibik ist mit 33 kleinen Staaten und Territorien, darunter viele Inseln, sehr heterogen. Von den rund 35 Millionen Einwohnern leben über 75 Prozent in Kuba, der Dominikanischen Republik und in Haiti. Die Region ist wirtschaftlich und sozial vergleichsweise entwickelt und größtenteils politisch stabil und demokratisch.

Trotzdem ist das Entwicklungsgefälle groß: Neben sehr weit fortgeschrittenen Ländern wie Barbados oder den Bahamas gibt es Länder mittleren Einkommens wie die Dominikanische Republik sowie Haiti – das ärmste Land der westlichen Hemisphäre und laut der Nichtregierungsorganisation Transparency International das korrupteste Land weltweit. Über die Hälfte der Bevölkerung lebt dort von weniger als einem US-Dollar am Tag. Politische Krisen und fragile Staatlichkeit bleiben in Haiti ein Nährboden für Gewalt und organisierte Kriminalität. Gleich daneben liegt Kuba, das nach wie vor ein in vielen Bereichen gutes Bildungs- und Gesundheitssystem unterhält und das die meisten Millenniumsentwicklungsziele bereits erreicht hat. In Kuba widersetzen sich die Machthaber aber nach wie vor jedem politischen Wandel und Wettbewerb.

Obwohl sie so unterschiedlich sind, stehen die karibischen Länder vor gemeinsamen Herausforderungen:

- Die kleinen, von wenigen Handelsgütern wie Zucker und Bananen abhängigen Volkswirtschaften sind verwundbar. Sie brauchen eine verstärkte Diversifizierung und regionale Integration, wollen sie ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Wichtigste Motoren der bisher nur mäßig fortgeschrittenen regionalen Integration sind die Karibische Gemeinschaft (Caribbean Community, CARICOM) sowie CARIFORUM, das Forum der karibischen AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik), das der Verhandlungspartner der Europäischen Union ist.
- Mit dem drastischen Ölpreisanstieg ist die Abhängigkeit der kleinen Volkswirtschaften vom Erdöl immer deutlicher geworden. Das Bewusstsein für den Einsatz alternativer Energieträger und die Förderung von Energieeffizienz nimmt daher stark zu. Solar- und Windenergie sowie Biomasse gewinnen an Bedeutung.
- Naturkatastrophen, Bodenerosion, Entwaldung, Monokulturen und die Folgen des Klimawandels bedrohen die Region ständig.
- HIV/AIDS ist, anders als in Zentral- und Südamerika ein endemisches Problem. Durchschnittlich 1,2 Prozent der Bevölkerung tragen den HI-Virus in sich. Nur in Subsahara-Afrika ist der Anteil höher.
- Die hohe Gewaltkriminalität sowie die zunehmende organisierte Kriminalität im Zusammenhang mit Drogen, Geldwäsche und Menschenhandel gefährden die Sicherheit und Stabilität in der Region.
- Millionen Menschen sind in den letzten Jahrzehnten ausgewandert, vor allem in die USA, nach Kanada und Großbritannien. Dies hat zu einem erheblichen *brain drain* beigetragen, denn die besonders gut Qualifizierten haben ihre Länder verlassen. Andererseits hat die Auswanderung zu massiven Rücküberweisungen der Migrantinnen und Migranten geführt. In Haiti und Jamaika betragen diese rund ein Fünftel des Bruttosozialprodukts, in der Dominikanischen Republik neun Prozent – der Durchschnitt in Lateinamerika und der Karibik liegt bei zwei Prozent. Die Herausforderung besteht nun darin, Anreize dafür zu setzen, dass diese Gelder nicht nur für den privaten Konsum, sondern zunehmend auch für neue Investitionen eingesetzt werden, die der mittelfristigen Entwicklung der Länder zu Gute kommen.

Was wir tun

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit engagiert sich in der Karibik, indem sie vor allem einen Beitrag zu multilateralen Institutionen wie Weltbank, Interamerikanischer (IDB) und Karibischer Entwicklungsbank (CDB) sowie zur Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union (EU) leistet. Deutschland ist mit derzeit 20,5 Prozent größter Beitragszahler des Europäischen Entwicklungsfonds, der die Mehrzahl der Länder als Zugehörige der AKP-Gruppe unterstützt. Neben einem funktionierenden Binnenmarkt ist dies die Voraussetzung dafür, dass das 2007 zwischen der EU und den Staaten der Karibik abgeschlossene Wirtschaftspartnerabkommen (Economic Partnership Agreement, EPA) erfolgreich umgesetzt werden kann.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat darüber hinaus drei Schwerpunkte in der Karibik:

- **Förderung erneuerbarer Energien.** Dies setzt zunächst bessere Rahmenbedingungen in den Ländern voraus. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit berät die Institutionen bei der Veränderung von Normen und Gesetzen. Insbesondere die Anreize für private Investoren müssen verbessert werden. Sie unterstützt außerdem potenzielle Projektentwicklerinnen und -entwickler, organisiert Bildungsmaßnahmen und trägt zu einem besseren Informationsaustausch bei.

- **Bekämpfung der Wüstenbildung, Schutz und nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen in Wassereinzugsgebieten** durch grenzüberschreitende Ansätze in der Dominikanischen Republik und in Haiti.

- **Bekämpfung von HIV/AIDS durch Präventionsprogramme** über die Pan-Karibische Partnerschaft gegen HIV/AIDS (Pan Caribbean Partnership against HIV/AIDS, PANCAP). In Arbeitsteilung mit anderen Gebern kommt der deutsche Beitrag vor allem Haiti, der Dominikanischen Republik, Jamaika und Belize zu Gute.

Bilaterale Vorhaben ergänzen die länderübergreifenden Ansätze in den drei großen Ländern Dominikanische Republik, Haiti und – sobald dies aufgrund besserer Rahmenbedingungen möglich ist – auch Kuba. In der Dominikanischen Republik geht es darum, den Beitrag zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen nach langjähriger erfolgreicher Zusammenarbeit zu konsolidieren. In Haiti stehen aufgrund der nach wie vor katastrophalen Rahmenbedingungen Vorhaben der Armutsbekämpfung (soziale Basisinfrastruktur) sowie der Nothilfe im Vordergrund. Die Zusammenarbeit in Kuba beschränkt sich auf kleinere Projekte vor allem im Bereich der Erneuerbaren Energien. Sie werden von nicht-staatlichen Akteuren und Unternehmen durchgeführt, weil die kubanische Regierung derzeit auf staatliche Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten verzichtet.

Strategischer Partner: die CEPAL

In Lateinamerika vertraut die Bevölkerung dem Fernsehen mehr als den politischen Parteien, den Parlamenten und der Justiz, so José Luis Machinea, Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL). Er weiss, dass die Regierungen Süd- und Mittelamerikas noch viel Vertrauen gewinnen müssen. Vor allem durch wirtschaftliche Entwicklung und einen erfolgreichen Kampf gegen die Armut. Ziele, die die CEPAL durch Beratung, bessere Zusammenarbeit und Partnerschaften erreichen will.

Die CEPAL mit Sitz in Santiago de Chile war und ist Lateinamerikas bekanntester *Think-Tank*. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Lateinamerikas und der Karibik soll durch wissenschaftliche Studien, Beratungsmissionen, Aus- und Fortbildungsangebote sowie durch hochrangig besetzte Konferenzen und Seminare gefördert werden. Die CEPAL ist als eine von fünf regionalen Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen dem Wirtschafts- und Sozialrat (Economic and Social Council, ECOSOC) zugeordnet. Sie hat 43 Mitgliedsstaaten, darunter acht Länder außerhalb des Kontinents. Deutschland ist der CEPAL 2005 beigetreten.

Das BMZ arbeitet seit vielen Jahren eng mit der CEPAL zusammen. Seit Oktober 2003 besteht eine strategische Partnerschaft, um die jeweiligen Stärken und Kompetenzen noch besser zu nutzen. Dabei nimmt das Thema Klimawandel eine immer wichtigere Rolle ein. So berät Deutschland die CEPAL und ihre Mitglieder bei der effizienteren Nutzung bestehender Energieformen sowie bei der Förderung erneuerbarer Energien.

Im Rahmen des seit 2006 gemeinsam durchgeführten Programms „Nachhaltigkeit und Chancengleichheit in der Globalisierung“ werden Regierungen dabei unterstützt, ihre Politiken und Regelwerke für den Umgang mit dem Klimawandel zu reformieren und ihre Verhandlungskompetenzen beim internationalen Handel mit Emissionsrechten zu erhöhen. Daneben werden alternative, erneuerbare Energiequellen wie Agrarkraftstoffe praxisnah und unter Berücksichtigung der sozialen und ökologischen Risiken erforscht. Erfahrene Länder wie Brasilien spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Weitere Schlüsselthemen des Programms sind Strategien zur Bewältigung der extremen sozialen Ungleichheit in Lateinamerika und der Karibik. Sie sind Ursache für die hohe Gewaltbereitschaft und den geringen Zusammenhalt vieler Gesellschaften. Deshalb unterstützt das Programm die Entwicklung neuer Strategien und Politikentwürfe, die Wirkung und Effizienz von Sozialausgaben erhöhen. Da jedoch in vielen Ländern die Finanzierung von Sozialausgaben mangels effizienter Besteuerung nicht gewährleistet ist, liegt ein weiterer Schwerpunkt im Aufbau progressiver Steuersysteme beziehungsweise der Reform von Steuersystemen.

Die Partnerschaft mit der CEPAL verdeutlicht beispielhaft, wie die deutsche Entwicklungszusammenarbeit durch gezielte Kooperation mit einem anerkannten regionalen Akteur auf politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in den Ländern einwirken kann. Darüber hinaus werden länderübergreifende Dialogprozesse angestoßen, die Impulse und Synergien für notwendige Reformen geben.

Sitz der CEPAL in Santiago de Chile

Strategischer Partner: die IDB

Armutsbekämpfung und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sind die wichtigsten Ziele der 1959 gegründeten Interamerikanischen Entwicklungsbank (Inter-American Development Bank, IDB). Die IDB ist noch vor der Weltbank die größte Entwicklungsbank in Lateinamerika. Schwerpunkte der IDB-Aktivitäten sind die soziale Entwicklung, insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheit, Modernisierung des Staates, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Förderung der regionalen Integration. Der Umweltschutz findet dabei als Querschnittsthema Berücksichtigung. Einen Großteil des Portfolios bilden Vorhaben in den Bereichen soziale Investitionen und Infrastruktur.

Die lateinamerikanischen Staaten selbst halten in dieser Bank die Mehrheit der Anteile. Deutschland ist der IDB 1976 beigetreten, als die Bank für nichtregionale Mitglieder geöffnet wurde. Deutschlands Anteil am Grundkapital beträgt 1,89 Prozent.

Das deutsche Engagement in der IDB ist ein zentrales Element unserer entwicklungspolitischen Beziehungen zu Lateinamerika und der Karibik. Dadurch kann Deutschland auch multilateral einen Beitrag zu Armutsbekämpfung und nachhaltiger Entwicklung leisten und sich an wichtigen Entscheidungsprozessen beteiligen, die entweder die gesamte Region oder einzelne Länder und auch globale öffentliche Güter wie etwa eine intakte Umwelt oder die Stabilität des Weltklimas betreffen.

Anlässlich der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien in Bonn im Jahr 2004 haben das BMZ und die IDB eine strategische Partnerschaft für erneuerbare Energien initiiert. Sie verfolgt zwei Ziele: Erstens sollen die Länder ihre Energiepolitik stärker auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz ausrichten. Zweitens wird der Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz im Portfolio der IDB gestärkt. Bislang spielt er mit nur fünf Prozent des gesamten Energieportfolios eine marginale Rolle.

Die IDB hat großen Einfluss auf den Energiesektor in Lateinamerika, der mit 18 Prozent des Gesamtportfolios ihr größter Einzelsektor ist (davon nur ein Prozent erneuerbare Energien und 17 Prozent traditionelle Energien).

Seit kurzem haben BMZ und IDB begonnen, ihre Partnerschaft auch auf den Bereich des sozialen Zusammenhalts der von extremer sozialer Ungleichheit gekennzeichneten Länder Lateinamerikas auszuweiten. Dabei werden Reformvorschläge zur sozialen Sicherheit – insbesondere im Bereich Steuergerechtigkeit – erarbeitet und den lateinamerikanischen Ländern zur Diskussion und Umsetzung vorgelegt.

Neue Energieinitiative der IDB

Ende 2006 lancierte der Präsident der IDB die „Initiative für Nachhaltige Energie und Klimawandel“ (Sustainable Energy and Climate Change Initiative, SECCI). Ziel der Initiative ist die Unterstützung der lateinamerikanischen Länder bei der Suche nach umweltverträglichen Lösungen ihrer Energieprobleme. Mit der auf fünf Jahre angelegten SECCI-Initiative will die Bank vier Teilbereiche massiv unterstützen: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Agrartreibstoffe, neue Finanzierungsquellen für klimafreundliche Projekte (Emissionshandel) sowie die Anpassung an den Klimawandel. Die strategische Partnerschaft mit Deutschland hat wesentliche Impulse für die neue Initiative gegeben.

Unterzeichnung der strategischen Partnerschaft mit der IDB durch Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul

Nachhaltige Energien und Energieeffizienz für den Klimaschutz

Lateinamerika ist die am stärksten von Erdöl abhängige Region der Welt. Es deckt über 45 Prozent seines Energiebedarfs mit Öl (im Vergleich: Nordamerika / EU: circa 40 Prozent, China: 20 Prozent). Lediglich vier Länder der Region – Bolivien, Ecuador, Mexiko und Venezuela – können ihren Öl- und Gasbedarf derzeit aus eigener Förderung decken und zudem noch exportieren. Erdgas wird künftig eine immer wichtigere Rolle spielen.

Lateinamerika verfügt über ein enormes Potenzial für die Nutzung alternativer Energiequellen. Wasserkraft spielt in Lateinamerika schon heute mit über zehn Prozent eine deutlich wichtigere Rolle als in anderen Regionen (im Schnitt zwei Prozent). Dabei handelt es sich allerdings oft um Großwasserkraftwerke, deren ökologische Verträglichkeit vielfach fragwürdig ist.

Ebenfalls große Bedeutung hat aus Biomasse gewonnene Energie, vor allem Agrartreibstoffe. Bei Bioethanol ist Brasilien bereits seit Jahren Vorreiter und deckt so 26 Prozent seines Energiebedarfs. Wachsendes Interesse besteht hier und in anderen Ländern aber auch an Wind- und Solarenergie sowie an Geothermie.

Haupthindernis für eine tatsächliche Energiewende in Lateinamerika sind fehlende Anreize für alternative Energien und für die Steigerung der Energieeffizienz. In zahlreichen Ländern der Region mangelt es an politischem Willen, alternative Energiequellen und Maßnahmen zur Energieeinsparung staatlich zu fördern. Lateinamerika muss sich hier aber bewegen, will es die immensen Ausgaben für das teure Erdöl und die steigenden Treibhausgasemissionen mittelfristig in den Griff bekommen.

Was wir tun

Die Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz hat in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine zunehmend wichtige Rolle eingenommen. Deutschland hat zwischen 2004 und 2007 rund 300 Millionen Euro einschließlich aller Marktmittel (ohne Marktmittel: 92,3 Mio. Euro) für entsprechende Vorhaben in Lateinamerika zugesagt – auch vom Volumen her ist dieser Bereich somit heute einer der wichtigsten in der Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika. Schwerpunkte sind:

- Energieeffizienz, Kleinwasserkraftwerke, Photovoltaik, Windenergie und Biomasse in Bolivien, Chile und Brasilien
- Programme zur Verbreitung von erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz mit den regionalen Entwicklungsbanken:
  - > Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB)
  - > Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration (BCIE)
  - > Entwicklungsbank der Andenstaaten (CAF)
  - > Karibische Entwicklungsbank (CDB)

Die strategische Partnerschaft mit der IDB ist hierbei für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit von besonderer Bedeutung. Die IDB hat als größter Finanzier in der Region starken Einfluss auf die Energiepolitik der lateinamerikanischen Mitgliedsländer. Sie verfügt jedoch nach eigener Einschätzung in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz über wenig Expertise und Erfahrung. Die strategische Partnerschaft hat daher das doppelte Ziel, sowohl in den Partnerländern vor Ort als auch innerhalb der IDB ein Umdenken und Umsteuern zu bewirken.

Neue Partner für neue Energien

Die lateinamerikanischen Entwicklungsbanken denken um

Die dunklen Wolken, die über Mexiko City liegen, zeigen, dass reichere Länder auch reich an Problemen sind. Industrie und Verkehr boomen und damit steigt der Verbrauch fossiler Brennstoffe. Die Folge sind zunehmende Umweltschäden.

Das mexikanische Energieministerium hat deshalb eine Studie angestoßen, um herauszufinden, welches Potenzial die Nutzung von Bio- beziehungsweise Agrarkraftstoffen im Transportsektor hat. Finanziert wird die Studie über die Partnerschaft zwischen der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) und Deutschland. Sie soll den politischen Entscheidungsträgern Anhaltspunkte für die Förderung von Agrarkraftstoffen geben.

Die Studie berücksichtigt technische, wirtschaftliche, agrarwirtschaftliche, ökologische und soziale Gesichtspunkte. Dazu wurde die Expertise der jeweiligen Weltmarktführer herangezogen – aus Brasilien zu Bioethanol und aus Deutschland zu Biodiesel. Ein Runder Tisch mit allen wichtigen Akteuren aus Staat, Privatwirtschaft, Forschung und Bevölkerung begleitet die Studie, was ein gesellschaftlich tragfähiges Ergebnis sichert.

Regeneratives Energie- und Energieeffizienzprogramm – Kooperation mit der BCIE

Experten erwarten, dass der Energiebedarf Zentralamerikas bis 2014 um 60 Prozent steigt. Deutschland hat mit der Zentralamerikanischen Entwicklungsbank (BCIE) ein umfangreiches Programm in Höhe von 34,5 Millionen Euro vereinbart, um regenerative Energienutzung und Energieeffizienztechnologien zu fördern. Die Mittel sollen öffentliche und private Investitionen fördern. Schwerpunkte sind die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und die Verbreitung von Agrarkraftstoffen. So hilft das Programm, die Umwelt zu schonen und den Ausstoß von Gasen, die das Klima schädigen, zu verringern. Ein weiteres Vorhaben führt Deutschland gemeinsam mit BCIE und IDB durch. Beide Programme helfen, Emissionen von jährlich über 100.000 Tonnen Kohlenstoffdioxid zu vermeiden.

Investitionen in nachhaltige Energieproduktion – Kooperation mit der CAF

Die Entwicklungsbank der Andenstaaten (CAF) ist die regionale Entwicklungsbank für Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela. Deutschland stellt der CAF günstige Darlehen in Höhe von insgesamt 70 Millionen Euro zur Verfügung, um Investitionen in eine nachhaltige Energieproduktion zu fördern. Mit diesen Mitteln können Projekte refinanziert werden, zum Beispiel die Biogas-Gewinnung aus Biomasse in Bolivien, Kolumbien und Peru, Energieeffizienz-Projekte in Kolumbien oder Windenergie in Peru. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit trägt so dazu bei, die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern und die Emission von Treibhausgasen zu reduzieren.

Weniger Armut durch mehr Demokratie und bessere staatliche Institutionen

Pinochet, Stroessner, Somoza – vor 30 Jahren war Lateinamerika von autoritären Regimen überzogen. Heute wird fast überall formal demokratisch regiert. Einige Länder haben schon manche politische Krise gut – auf demokratischem Wege – gemeistert.

Armut und soziale Ungleichheit sind aber nach wie vor so verbreitet, dass das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen gelitten hat. Nur 58 Prozent der Lateinamerikaner halten die Demokratie für die beste Regierungsform, ganze 13 Prozent verbinden sie mit „Gleichheit und Gerechtigkeit“ (Latinobarómetro 2006). Das Misstrauen gegen politische Parteien, Parlamente und Gerichte sitzt tief. Die zunehmenden politischen Konflikte zeugen von dieser Enttäuschung.

Die Bereitschaft, Probleme wie die Ineffizienz des Staates und Korruptionsanfälligkeit anzugehen, wächst jedoch, ebenso die Bereitschaft, mehr für die Armen zu tun. Die Sozialausgaben steigen, auch wenn sie immer noch niedrig sind. Programme, die die Ärmsten direkt erreichen wie „Bolsa Família“ in Brasilien oder „Oportunidades“ in Mexiko haben Erfolg und machen Mut.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt solche Entwicklungen. Finanzielle Zuwendungen spielen häufig eine untergeordnete Rolle –Brasilien und Mexiko sind selber in der Lage, für ihre Armen zu sorgen. Vielmehr geht es um eine dem Land und der Situation angepasste Beratung und Unterstützung und um den Austausch und die Übertragung guter Erfahrungen in der Region.

Was wir tun

Gute Regierungsführung, Demokratie und Einbeziehung der ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen sind aus deutscher Sicht der entscheidende Beitrag zur Bekämpfung der strukturellen Ursachen der Armut in Lateinamerika. 2004 bis 2007 wurden hierfür insgesamt 184,6 Millionen Euro zugesagt. Mit 25,2 Prozent ist er heute der größte Schwerpunkt im Lateinamerika-Portfolio. Wichtige Themen sind:

- **Abkehr von einem rigiden Zentralismus** („Der Präsident entscheidet alles.“) zugunsten dezentraler Strukturen, Verbesserung des Zusammenspiels zwischen der nationalen und der lokalen Ebene. In Ländern wie Nicaragua, Bolivien und Guatemala werden Gemeinden, Zivilgesellschaft und Sozialinvestitionsfonds gestärkt, um lokale Investitionen schnell, partizipativ und effizient umzusetzen.
- **Unterstützung nationaler und regionaler Reformprozesse und Dialoge.** Ein Beispiel ist die Verfassungsgebende Versammlung in Bolivien, zu deren Organisation und Konzeption die deutsche Entwicklungszusammenarbeit beiträgt. Ein weiteres sind lateinamerikaweite Dialoge zu den Rechten indigener Völker, zum sozialen Zusammenhalt oder zur sozialen Verantwortung von Unternehmen.
- **Stärkung des Rechtstaats.** In Peru und Kolumbien werden Justizreformen begleitet. In Zentralamerika werden die Rechnungshöfe unterstützt, was zu mehr Transparenz in den öffentlichen Haushalten führt und die Bekämpfung der Korruption erleichtert.
- **Krisenprävention und gewaltfreie Konfliktbearbeitung.** Um das Misstrauen zwischen Staat und Bevölkerung abzubauen, werden in Guatemala Frühwarnsysteme für Konflikte eingerichtet. In Kolumbien entstehen Dialogräume, in denen staatliche und nicht-staatliche Institutionen mit der Bevölkerung zusammenkommen.

Kolumbien: Justizreform für mehr Gerechtigkeit und Frieden

Als Bundespräsident Horst Köhler im März 2007 den Obersten Gerichtshof von Kolumbien besuchte, musste er lernen, was jeder Kolumbianer vor Gericht tut: warten. Eigentlich wollte Köhler über Rechtsstaatlichkeit diskutieren, stattdessen hörte er einen Vortrag. Erst nach den geplanten 45 Minuten konnte die deutsche Delegation Fragen stellen: Ob der Gerichtshof wirklich bis 2017 mit Verfahren ausgebucht sei? Ob es wahr sei, dass 93 Prozent der Morde nicht zur Verurteilung führten? Die Fragen trafen den Kern eines der drängendsten Probleme Kolumbiens: Das Rechtssystem ist marode. Die Justiz hat immer weniger Personal, auf dem Land gibt es oft weder Richter noch Staatsanwaltschaft.

Polizisten bei einer Besprechung

Faktisch sind viele Bürgerinnen und Bürger rechtlos. Das Vertrauen in die Justiz ist verloren. Abgeschlossene Fälle werden zwar archiviert, aber nicht veröffentlicht. Jede Richterin und jeder Richter beginnt bei Null. Die Folge sind widersprüchliche Urteile. Und das schlimmste Problem: Sie fürchten in Drogenprozessen um ihr Leben.

Mit einem Projekt zur Stärkung des Rechtsstaats setzt Deutschland bei den Obersten Gerichten an. Ziele waren der Abbau des Verfahrensstaus und die Beschleunigung der Verfahren. Der Oberste Verwaltungsgerichtshof startete ein Notprogramm, ließ alle Akten sichten und nach Rechtsproblemen sortieren, um sie gesammelt auf CD den Kammern vorzulegen. 2004 konnten 300 Altfälle abgeschlossen werden: Viermal mehr als in den Jahren zuvor.

Nicaragua: Mit Gemeinschaftssinn und Know-how gegen die Armut

Die Menschen in der nicaraguanischen Provinz fühlen sich von der Politik im Stich gelassen. Sie sind arm, es fehlt an Krankenhäusern, Schulen, Straßen oder Trinkwasser. Um die Lebensbedingungen der Armen zu verbessern, fördert Deutschland den Kommunalentwicklungsfonds „Fondo de Inversión Social de Emergencia“ (FISE).

Der Fonds stellt Gemeindezweckverbänden, Stadtverwaltungen oder Dorfgemeinschaften zweckgebundene Finanzmittel zur Verfügung. Diese werden für die Gesundheitsversorgung, Grundbildung, Trinkwasser sowie für den ländlichen Wegebau eingesetzt. Allein zwischen 1991 und 2003 hat FISE mehr als 9.100 Projekte der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur mit einem Volumen von 311 Millionen US-Dollar finanziert.

Großen Wert legt der Fonds auf Transparenz: Zuerst ermittelt die Dorfbevölkerung gemeinsam mit den lokalen Institutionen, welche Vorhaben für die Gemeinde wichtig sind, beispielsweise Neubau und Instandhaltung einer Schule. Die Mittel kommen zwar vom Fonds, verantwortlich sind aber die Dorfgemeinschaften. Sie werden fachlich und technisch von Nichtregierungsorganisationen beraten.

Die Selbstverwaltung solcher Vorhaben stärkt den Gemeinschaftssinn und die Selbsthilfefähigkeit der Dorfgemeinschaften. Die lokalen Institutionen lernen hinzu, die Entwicklungschancen der Gemeinden verbessern sich, demokratische Strukturen werden gestärkt. Ähnliche Ansätze wie in Nicaragua unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Bolivien, Ecuador, El Salvador und Peru.

Frauen – Aufbruch aus der Diskriminierung

Frauen in Lateinamerika sind in der Mehrheit erwerbstätige Mütter, vielfach alleinige Ernährerinnen der Familien. Sie engagieren sich in der Gemeindearbeit und tragen soziale Projekte. Doch auch wenn Einzelleistungen von Frauen gefeiert werden – Malerinnen wie Frida Kahlo, Schriftstellerinnen wie Isabel Allende oder Musikerinnen wie Shakira, auch wenn die Rolle der Frau immer wieder gelobt und überhöht wird, die Mutter als Heilige oder das in Evita Perón verkörperte Frauenideal – mit gelebter Wirklichkeit hat dies wenig zu tun. Frauen werden noch immer in ihren Menschenrechten verletzt, ihre Fähigkeiten nicht gefördert.

Heute gehen fast alle Mädchen zur Schule, die erwachsenen Frauen sind zunehmend in die Arbeitswelt integriert. Und doch haben Frauen die weniger qualifizierte und bezahlte Arbeit.

Frauen sind deutlich stärker von Armut betroffen als Männer, weil sie häufig alleine für die Familie sorgen – die Zahl weiblicher Haushaltsvorstände liegt heute bei über einem Drittel. Nach wie vor gilt: Frauen in Lateinamerika, alleinstehend und auf dem Land lebend, sind arm. Indigene Frauen werden häufig doppelt diskriminiert.

In den Andenländern gibt mindestens jede dritte Frau an, bereits Opfer häuslicher Gewalt geworden zu sein. In einigen Ländern Zentralamerikas haben Frauenmorde dramatisch zugenommen. Und in zehn Ländern der Region liegt die Müttersterblichkeit nach wie vor bei (zum Teil weit) über hundert pro 100.000 Geburten – über viermal höher als in den Industrieländern.

Dass Frauen politische Schlüsselpositionen innehaben, ist nach wie vor selten. Bekannteste Ausnahmen sind derzeit die Präsidentinnen Chiles und Argentiniens, Michelle Bachelet und Cristina Fernandez. Frauen übernehmen mehr politische Verantwortung. Der Anteil der Parlamentarierinnen stieg in den letzten 18 Jahren stärker an als in anderen Teilen der Welt und ist heute mit gut 20 Prozent ebenso hoch – oder eher ebenso niedrig – wie in den Industrieländern.

Was wir tun

Unser Ziel ist, durch die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zur Geschlechtergerechtigkeit beizutragen. Zunächst ist dabei wichtig, uns selbst und unsere Partner noch stärker zu sensibilisieren: Ob in der Landwirtschaft, im Gesundheitssektor oder in der öffentlichen Verwaltung – unsere Zusammenarbeit hat konkrete Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis. Negative Wirkungen auf Frauen sollen daher frühzeitig vermieden, positive verstärkt werden. So machen wir in Programmen zur Unterstützung der ärmsten Familien gute Erfahrungen damit, Frauen das Schulgeld für ihre Kinder auszuhändigen. Dies reicht aber nicht aus. Es geht darum, Frauen gezielt zu stärken, zum Beispiel durch:

- Förderung ihrer Partizipation im politischen Bereich *(empowerment)* auf der lokalen wie nationalen Ebene. Frauengruppen werden beraten, ihre Vorhaben und Ideen finanziell unterstützt, Politikerinnen – vor allem Bürgermeisterinnen und Stadträtinnen aus- und fortgebildet.
- Stärkung der Frauenrechte, sei es durch Unterstützung von Rechtsberatung für betroffene Frauen, bei der Erarbeitung von Politikvorschlägen zur Verbesserung der Chancengleichheit im jeweiligen Land oder durch Beiträge zur Weiterentwicklung und Einhaltung der internationalen Konventionen für Frauenrechte.
- Frauenspezifische Programme in den einzelnen Sektoren, zum Beispiel zur Förderung der Einschulung von Mädchen, zur besseren Gesundheitsversorgung von Frauen, zur Unterstützung von Kleinunternehmerinnen.

Kolumbien: Hilfe nach der Vertreibung

„Als die Paramilitärs meinen Mann umgebracht haben, sind wir geflohen und leben nun in Sincelejo. Wir bräuchten dringend psychologische Betreuung. Ich hatte ja noch nicht mal wirklich Zeit zum Trauern." Rosa M. ist nur eine von vielen. Männer werden getötet, Frauen vergewaltigt, misshandelt und vertrieben. 87 Prozent der überlebenden Opfer im bewaffneten Konflikt in Kolumbien sind Frauen.

In der Nationalen Kommission für Wiedergutmachung und Versöhnung, die 2005 ins Leben gerufen wurde, wird deshalb mit Unterstützung einer deutschen Expertin daran gearbeitet, die Erfahrungen von Opfern zu dokumentieren und die Frauen im Versöhnungs- und Wiedergutmachungsprozess zu stärken. So werden Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung in Bezug auf sexuelle Gewalt im Rahmen des Konfliktes angestoßen. Denn aus Angst wagen viele den Schritt zur Anzeige nicht: Nur bei 64 der bis Dezember 2007 eingetroffenen 99.260 Anzeigen handelt es sich um Sexualdelikte.

Doch die Frauen brauchen mehr als psychotherapeutische Beratung: „Um den Lebensunterhalt für mich und meine Kinder zu verdienen, würde mir außerdem eine Aus- oder Fortbildung helfen. Denn wir möchten nicht mehr zurück. Dort waren wir auch arm und alles erinnert uns an den Mord an meinem Mann." Es ist der Verdienst der Nationalen Kommission für Versöhnung, dass jetzt auch solche Ausbildungsprogramme angestoßen werden.

Nicaragua: Frauenrechte stärken

Gewalt gegen Frauen und sexueller Missbrauch im häuslichen Bereich sind in Nicaragua weit verbreitet. Dieser Zustand hat sich in den letzten Jahren weiter verschlimmert. Doch der Staat hilft den Frauen derzeit nicht: Seit Ende 2006 herrscht in Nicaragua ein Totalverbot von Schwangerschaftsabbrüchen. Das Gesetz verunsichert die Ärzte, weil sie fürchten müssen, sich strafbar zu machen – selbst wenn die Schwangerschaft lebensgefährliche Komplikationen für die Frau mit sich bringt. Viele Schwangere werden somit in die Hände von Kurpfuschern getrieben. Die ohnehin extrem hohe Müttersterblichkeit wird weiter zunehmen.

Um die Nicaraguanerinnen in ihrer schwierigen Situation zu unterstützen, fördert Deutschland daher gemeinsam mit anderen Gebern den Fonds für Gleichberechtigung und reproduktive Gesundheit „Fondo para la Equidad y los Derechos Sexuales y Reproductivos" (FED). Dieser Fonds finanziert Projekte der Zivilgesellschaft, die sich für mehr Gleichberechtigung, Partizipation und Entscheidungsfreiheit der Frauen über ihre Sexualität und Mutterschaft sowie gegen familiäre Gewalt einsetzen. Vorurteile bei Männern wie Frauen jeden Alters sollen abgebaut, Verhaltensmuster geändert werden. In Diskussionsforen, Selbsthilfegruppen und über ausgebildete Gemeindebeauftragte sowie Öffentlichkeitsarbeit werden familiäre Gewalt, Sexualität und Gesundheit thematisiert. Das Krankenhauspersonal wird für die Symptome von Gewalt gegen Frauen sensibilisiert und geschult. Außerdem unterstützt der Fonds den Aufbau öffentlicher Statistiken über Gewalt gegen Frauen. Bei alldem wird Wert auf die Koordinierung und den Erfahrungsaustausch gelegt. Die Frauenrechtsorganisationen Nicaraguas waren so 2007 in der Lage, eine landesweite Kampagne zur Aufklärung über die gesundheitlichen Risiken, denen Frauen aufgrund des totalen Verbots von Schwangerschaftsabbrüchen ausgesetzt sind, zu starten. Das Gesetz ist zwar noch nicht geändert worden. Aber die Kampagne zeigt: Die Frauen lassen nicht mehr alles mit sich geschehen.

Für das Leben – HIV/AIDS bekämpfen

Lateinamerika hat es in den vergangenen Jahren geschafft, die Immunschwächekrankheit AIDS unter Kontrolle zu halten. Die Prävalenzrate ist ohne Berücksichtigung der Karibik heute mit 0,5 Prozent gemessen an der erwachsenen Gesamtbevölkerung auf einem relativ niedrigen Niveau. Dennoch gibt es keinen Anlass zur Entwarnung: In den karibischen Ländern Belize, Dominikanische Republik, Guyana, Haiti und Jamaika, aber auch in den zentralamerikanischen Staaten El Salvador, Honduras und Guatemala ist die Situation alarmierend. In der Karibik sind durchschnittlich 1,2 Prozent der erwachsenen Bevölkerung infiziert. Weltweit ist nur in Subsahara-Afrika der Anteil höher (UNAIDS 2006).

In der Region breitet sich die Epidemie vor allem durch den tabuisierten und ungeschützten Sexualverkehr unter Männern aus. Auch Frauen sind zunehmend betroffen, denn homosexuelle Männer haben aufgrund der Tabuisierung oftmals auch weibliche Sexualpartner. In geringerem Maße tragen Prostitution und Menschenhandel zur Verbreitung des HI-Virus bei. Besonders betroffen sind zudem Frauen, die in Armut leben und die Opfer sexueller Gewalt sind.

Fortschritte, die in den letzten Jahren bei der HIV/AIDS-Bekämpfung erzielt wurden, sind im Wesentlichen auf eine Doppelstrategie aus Prävention und Behandlung zurückzuführen. So schützen sich heute bis zu 50 Prozent mehr Menschen mit Kondomen als noch Ende der 90er Jahre. Antiretrovirale Therapien erreichen heute deutlich mehr Infizierte und fördern so die Bereitschaft, sich auf HIV testen zu lassen.

Besonders das brasilianische HIV/AIDS-Programm gilt weltweit als vorbildlich. Von Beginn an sind in Brasilien Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft voll einbezogen worden. Heute arbeiten über 600 Nichtregierungsorganisationen im Bereich der Prävention und Therapie von HIV/AIDS. Private Unternehmen betreiben Aufklärung und beschäftigen an AIDS erkrankte Menschen in ihren Betrieben, so wie das bestehende Gesetz es auch fordert.

Was wir tun

Die Bekämpfung von HIV/AIDS ist ein wichtiges Thema der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika und der Karibik, das vor allem durch länderübergreifende Ansätze aufgegriffen wird. Das laufende Portfolio beträgt 30 Millionen Euro, davon wurden in den letzten Jahren (2004 bis 2007) 16 Millionen Euro neu zugesagt. Die Zusagen beziehen sich im Wesentlichen auf:

- HIV-Präventionsprogramme mit dem Ziel, durch einen verbesserten Zugang zu Verhütungsmitteln die Zahl von Neuinfektionen zu verringern. In El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua wird ein entsprechendes Programm über die Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration (Banco Centroamericano de Integración Económica, BCIE) umgesetzt. Hierbei geht es vor allem um den Abbau der Diskriminierung und Stigmatisierung, denen HIV-Infizierte und deren Familien ausgesetzt sind. Das Karibik-Vorhaben ist Teil der von der Karibischen Gemeinschaft (Caribbean Community, CARICOM) geführten Pan-Karibischen Partnerschaft gegen HIV/AIDS (PANCAP).

- Dreieckskooperation mit Brasilien: Hier unterstützt Deutschland gemeinsam mit Großbritannien (Department for International Development, DFID) Brasilien bei der Weitergabe seines Know-hows an andere lateinamerikanische und karibische Länder beim Aufbau eigener Kapazitäten zur HIV/AIDS-Bekämpfung. Brasilien hat im Jahr 2005 zusammen mit UNAIDS eigens dafür ein „Internationales Zentrum für Technische Zusammenarbeit“ eingerichtet.

HIV/AIDS in der Karibik: keine Zeit mehr

Sogar Regierungschefs kamen im Dezember 2004 zur Verleihung nach Jamaika: Owen Arthur, Premier von Barbados, und Ralph Gonsalves, Premierminister von St. Vincent und den Grenadinen. Und sie waren stolz, als UNAIDS die „Pan-Karibische Partnerschaft gegen HIV/AIDS“, kurz PANCAP, mit der Auszeichnung „International Best Practice“ würdigte. Auch ein Erfolg für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, die die PANCAP-Präventionsstrategie in der Karibik in der Dominikanischen Republik, Guyana, Haiti und Kuba unterstützt.

Die Länder der Karibik haben mit der Gründung von PANCAP einen bisher einzigartigen Weg der gemeinsamen HIV/AIDS-Bekämpfung eingeschlagen. Unter der Federführung der Gemeinschaft karibischer Staaten, kurz CARICOM, und in Zusammenarbeit mit der zuständigen UN-Organisation UNAIDS, hat PANCAP eine Strategie zur HIV/AIDS-Bekämpfung entwickelt, die nun mit Unterstützung zahlreicher internationaler Geber umgesetzt wird.

Gerade in den stark katholisch geprägten Staaten der Karibik ist es bislang nicht gelungen, die Bedeutung etwa von Kondomen im Bewusstsein von jungen und sexuell aktiven Menschen zu verankern. Zudem können sich die Armen Kondome oft gar nicht leisten.

Die regionale Strategie, die Deutschland mit sechs Millionen Euro unterstützt, will vor allem durch professionelle Werbung und integrierte Aufklärung (social marketing programme) eine Verhaltensänderung unter den Hochrisikogruppen wie homosexuellen Männern, Prostituierten und Fernfahrern auslösen. Eine regionale Kampagne soll zur Reduzierung von Diskriminierung beitragen. Kurse informieren gerade besonders gefährdete Gruppen über das Risiko einer Ansteckung und die Schutzmöglichkeiten. Allein in Haiti wurden 2006 schon 10.000 Menschen aus Risikogruppen in Kursen aufgeklärt.

Der überregionale Einkauf von Kondomen in großen Stückzahlen soll den Preis für die Konsumenten deutlich senken und der Ausbau des Vertriebsnetzes die Hemmschwelle vermindern. Kondome gibt es nicht mehr nur in Apotheken und öffentlichen Gesundheitszentren, sondern auch in Bars, Hotels, Bordellen und Diskotheken.

Allerdings drängt die Zeit. Denn besonders in den armen Ländern der Karibik infizieren sich immer mehr Menschen. Und wegen der großen Migration verbreitet sich HIV rasch. In Haiti sind bereits zehn Prozent der Stadtbevölkerung HIV-positiv. In den letzten Jahren sind zunehmend Frauen betroffen: In den Ländern der Karibik sind 51 Prozent der Infizierten weiblich. Insbesondere junge Frauen haben ein hohes Infektionsrisiko. In Trinidad und Tobago etwa sind unter den 15-19jährigen sechsmal so viele Frauen wie Männer infiziert.

In der Dominikanischen Republik, in Guyana und Haiti, sowie auf Barbados und den Bahamas hat HIV die Hochrisikogruppen verlassen und breitet sich unter der Gesamtbevölkerung aus. AIDS ist unter Männern bis 45 Jahren schon heute die häufigste Todesursache. In Guyana und Haiti ist ihre Lebenserwartung, so die Statistik, bereits um durchschnittlich fünf bis sechs Jahre gesunken.

Indigene Völker: ihr Einfluss wächst

Schätzungsweise 40 bis 50 Millionen Menschen in Lateinamerika gehören indigenen Völkern an. Das sind acht bis zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. So verschieden ihre Kultur und Sprache, so ähnlich ist ihr Schicksal: Fast überall sind sie besonders arm und benachteiligt, gleich, ob sie dort eine Mehrheit darstellen wie in Bolivien oder Guatemala, oder eine Minderheit.

Indigene – besonders indigene Frauen – haben eine geringe soziale und politische Stellung, mangelnden Zugang zu Bildung und sind in den meisten Ländern unzureichend politisch vertreten, weder in Regierung noch Parlament. Inzwischen gibt es aber zahlreiche indigene Organisationen, die sich für die Rechte der Indigenen einsetzen. Seit dem Wahlsieg des indigenen Präsidenten Evo Morales in Bolivien Ende 2005 wird dem Thema weltweit noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Gleichzeitig rücken die Beiträge, die indigene Völker zum Erhalt natürlicher Ressourcen leisten, immer mehr ins Blickfeld.

Auf internationaler Ebene sind die Rechte indigener Völker weitgehend anerkannt, unter anderem durch verschiedene Regelwerke der Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation, wie die ILO-Konvention 169 und die im September 2007 verabschiedete VN-Erklärung zu den Rechten indigener Völker. Umgesetzt werden diese trotz einiger Fortschritte bis heute jedoch nur unzureichend. Überproportional hohe Armut, unzureichende Anerkennung der kulturellen und sprachlichen Besonderheiten, ungeklärte Landrechte, geringe Selbstbestimmung, unzureichende politische Beteiligung und Rassismus bestehen fort.

Für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit liegt die Bedeutung der Kooperation mit indigenen Völkern in der:

- Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele
- Entwicklung friedvoller, demokratischer, multiethnischer und interkultureller Gesellschaften
- Verwirklichung der Menschenrechte
- Wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung
- Erhaltung der Biodiversität
- Erhaltung des Weltkulturerbes

Im Jahr 2006 verabschiedete das BMZ das Konzept zur „Entwicklungszusammenarbeit mit indigenen Völkern in Lateinamerika und der Karibik“. Ziel ist es, indigene Völker bei der Artikulation, Wahrnehmung und Durchsetzung ihres Rechts auf selbstbestimmte Entwicklung zu unterstützen. Einerseits werden in einem Querschnittsansatz indigene Völker und ihre Belange in allen Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika verstärkt einbezogen und berücksichtigt. Andererseits werden die institutionellen Kapazitäten indigener Organisationen sowohl auf nationaler Ebene als auch länderübergreifend gezielt gefördert.

Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit liegt in Ländern mit hohen indigenen Bevölkerungsanteilen wie Bolivien, Ecuador, Guatemala und Peru. Weiterhin finden auch die Natur- und Kulturräume am Amazonas und in Mittelamerika besondere Berücksichtigung. Die Förderung konzentriert sich auf folgende Bereiche:

- Demokratie, Zivilgesellschaft und öffentliche Verwaltung
- Management natürlicher Ressourcen sowie nachhaltige ländliche Entwicklung
- Friedensentwicklung und Krisenprävention
- Soziale Entwicklung

Indigene Positionen stärken

Schlüssel für die bessere Wahrnehmung und Durchsetzung indigener Belange sind die Stärkung und Vernetzung indigener Organisationen und die Aus- und Weiterbildung ihrer Führungskräfte auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene.

Indigenes Wissen stärken

Ein Beispiel sind universitäre Ausbildungsgänge für indigene Führungskräfte. Unterstützt von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bietet die „Indigene Interkulturelle Universität“ in neun Ländern der Region Aufbaustudiengänge in indigenem Recht, interkultureller Medizin und interkultureller zweisprachiger Bildung an. Dies sind Qualifikationen, die vielerorts noch selten sind, die aber dringend benötigt werden, um die indigene Identität und indigene Belange zu stärken. Außerdem geht ein politisches Signal hiervon aus: indigenes Wissen ist wichtig und muss gepflegt und weiterentwickelt werden. Ein erster Studiengang wurde bereits erfolgreich abgeschlossen, zudem ist ein enges Netzwerk zwischen den Studiengängen entstanden.

Den Indigenen eine Stimme geben

Im Mai 2008 findet die 9. Konferenz der Biodiversitätskonvention in Bonn statt. Hier geht es für indigene Gemeinschaften um die Frage, wie ihr traditionelles Wissen und Praktiken zur Bewahrung und Nutzung der biologischen Vielfalt geschützt werden kann und wie sie an möglichen Gewinnen aus der Nutzung dieses Wissens beteiligt werden können. Denn es kommt immer wieder vor, dass Pharmakonzerne indigene Gemeinschaften ausspionieren und Patente für Pflanzenwirkstoffe nur für sich anmelden.

Zur Vorbereitung der Konferenz treffen sich indigene Organisationen aus Lateinamerika zunächst auf regionaler Ebene, um eine gemeinsame, fachlich fundierte Position abzustimmen. Darauf folgt ein globales Vorbereitungstreffen mit Vertretern der anderen Kontinente unmittelbar vor Beginn der Konferenz. Die indigenen Delegierten tragen ihre Position während des Ministersegments, der wichtigsten Sitzung der Konferenz, vor. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt den gesamten Prozess.

Indigene Belange mitdenken

Neben diesen speziellen Förderansätzen stellt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auch prinzipielle Anforderungen an alle eigenen entwicklungspolitischen Vorhaben in Lateinamerika, um indigene Völker und ihre Organisationen als selbstbestimmte Akteure ihrer Entwicklung zu unterstützen. Ausgehend von der kulturspezifischen Betrachtungsweise der Situation indigener Gemeinschaften, fördert Deutschland deshalb den interkulturellen Dialog und interkulturellen Erfahrungsaustausch auf allen Ebenen. Zukünftig wird auch die Einstellung von indigenem Fachpersonal und deren Aus- und Fortbildung mehr Berücksichtigung finden.

Tropenwaldschutz: Hilfe für die grüne Lunge der Welt

Keine andere Region der Welt hat so viele geschützte und ökologisch wertvolle Gebiete wie Lateinamerika. Von besonderer Bedeutung sind die Tropenwälder. Ihr Bestand schrumpft massiv. Allein zwischen 2000 und 2005 gingen in Lateinamerika über 230.000 Quadratkilometer Wald verloren, das entspricht zwei Dritteln der Fläche Deutschlands. Die Ausdünnung und (Brand-) Rodung der Wälder trägt auf doppelte Weise zur Klimaerwärmung bei: Einerseits können degradierte Flächen künftig weniger Kohlenstoffdioxid absorbieren. Andererseits führt die Rodung zu unmittelbar höheren Emissionen. In Brasilien sind seit langem nicht Verkehr oder Industrie Hauptquellen für Treibhausgase, sondern das Abfackeln und Roden des Waldes.

Die Ursachen hierfür sind vielfältig: Die hohe Nachfrage nach Soja, nach Agrarkraftstoffen (zum Beispiel Alkohol aus Zuckerrohr) und nach Edelhölzern ebenso wie die Viehzucht und der Abbau von Rohstoffen im Regenwald. Hinzu kommen aber auch landlose Kleinbauern, die aufgrund der extrem ungleichen Besitzstrukturen ihr Glück mit einer kleinen Parzelle am Urwaldrand suchen. All das führt zu immer größeren Umweltproblemen – und zur weiteren Verarmung der Menschen.

Das Amazonasgebiet ist für das Klima von globaler Bedeutung. Mit 7,8 Millionen Quadratkilometern – das ist mehr als die Fläche Westeuropas – beherbergt es circa 30 Prozent der biologischen Vielfalt der Erde. Hunderte indigener Völker leben hier. Auch ein Viertel Zentralamerikas ist von Wäldern bedeckt. Diese sind auch für die Vorbeugung von Katastrophen wichtig. Ein intakter Wald absorbiert Regenfälle besser und schützt vor Überflutungen und Erdrutschen.

Der Erhalt des Tropenwaldes in Lateinamerika und seine nachhaltige Nutzung sind seit Jahren ein wichtiger Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Dabei orientieren wir uns an den nationalen und regionalen Programmen, bringen deutsches Know-how ein, stärken die Strukturen vor Ort und arbeiten eng mit erfahrenen Institutionen wie dem World Wildlife Fund, Conservation International, der Global Environment Facility und der Weltbank zusammen. In vier Jahren – 2004 bis 2007 – hat Deutschland 162,6 Mio. Euro für Tropenwaldschutz in Lateinamerika zugesagt, das entspricht rund 40 Prozent der deutschen Zusagen für Tropenwaldschutz weltweit und einem guten Fünftel der Gesamtzusagen des BMZ für Lateinamerika. Die Ziele für die nächsten Jahre werden aber noch ehrgeiziger: Unter anderem wird Deutschland sich als größter Geber mit 40 Millionen Euro am Weltbankfonds für Tropenwaldschutz beteiligen, der auch in Lateinamerika aktiv werden wird.

Im Amazonasraum werden Programme mit Brasilien, Ecuador und Peru sowie Regionalprogramme mit dem Amazonaspakt OTCA und indigenen Organisationen durchgeführt. Handlungslinien sind die Einrichtung von Natur- und Indigenenschutzgebieten sowie die Unterstützung der Behörden bei Raumordnung und Regionalentwicklung. In Zentralamerika wird das Management von Naturschutzgebieten und eine nachhaltige kommunale Wald- und Landwirtschaft gefördert.

Aufgrund der Beschlüsse des G8-Gipfels in Heiligendamm (2007) wird Deutschland im Rahmen der *Forest Carbon Partnership Facility* zusammen mit anderen Gebern in den nächsten Jahren Ansätze entwickeln, die Entwicklungsländern Anreize dafür geben, Treibhausgasemissionen durch Entwaldung zu senken – ein weiterer Beitrag zum weltweiten Klimaschutz.

Acht Staaten mit einem Ziel: Schutz des Tropenwaldes

Sie schaut immer wieder aus dem Fenster ihres Flugzeuges. Selbst nach fünf Stunden ist der Wald am Boden immer noch da. Allenfalls ein Flussarm durchschneidet die Landschaft. Rosalía Arteaga sieht endlich die Anden, die mit dem 3.800 Meter hohen Gran Sumaco im Osten Ecuadors ein Zeichen hinein gesetzt haben in den größten Urwald der Welt. Rosalía Arteaga ist Generalsekretärin des Amazonaspaktes OTCA – und sie tut alles dafür, dass sie auch noch in 20 Jahren fünf Stunden braucht, um den Regenwald zu überfliegen. Dabei steht ihr deutsches Know-how zur Seite.

Die acht Länder, die sich den Regenwald am Amazonas teilen – Bolivien, Brasilien, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Peru, Surinam und Venezuela – bilden den Amazonaspakt, um eine länderübergreifende Umweltpolitik zu gestalten und den Raubbau und die Zerstörung des Regenwaldes zu verhindern. Ein Kampf gegen Soja-Barone und illegale Holzfäller. Aber auch ein Pakt, um den meist armen Menschen, für die der Regenwald Heimat ist, ein Leben mit dem Wald zu ermöglichen.

Die 2002 gegründete OTCA, die 2003 ein ständiges Sekretariat aufbaute und die frühere Vizepräsidentin Ecuadors zur Generalsekretärin berief, ist die einzige zwischenstaatliche Organisation im Amazonasgebiet. Erstes Ergebnis der Arbeit von OTCA war 2004 ein von den Außenministern beschlossener Aktionsplan, der bis 2014 reicht. Beim aus globaler Sicht wichtigsten Ziel, dem Schutz des Waldes, leisten Deutschland und die Niederlande tatkräftige Unterstützung in Form von Geld und Know-how: Konzepte und Management sind gefragt. Es ist eben leichter, einen Baum zu fällen und zu verkaufen, als mit und vom Wald zu leben.

Viele Probleme gehen inzwischen alle an. Beispiel Wasser: Die Flüsse, die den Amazonas speisen, entspringen in den Anden. Raubbau dort beeinträchtigt den Wasserhaushalt im brasilianischen Urwald. 2005 erlebte Brasilien den tiefsten Stand des Amazonas überhaupt mit 1,43 Meter „Tiefe“ in Höhe von Manaus. Zwölf Meter unter Normalstand. Flussarme trockneten aus, Fische verendeten, die Fischer standen vor dem Aus. Folgen des Klimawandels und der dramatischen Abholzung, die dazu führt, dass im regenreichsten Gebiet der Erde zeitweise kaum noch Regen fällt.

Damit die arme Landbevölkerung ein Auskommen hat, hat OTCA ein Projekt zur Förderung des Ökotourismus angeschoben. Dadurch nimmt gleichzeitig deren Druck ab, den Wald abzuholzen, um zu überleben. Der Ökotourismus ist eine Möglichkeit zur nachhaltigen Nutzung und Bewahrung des Urwalds und der Biodiversität des Amazonas.

Doch der Tourismus ist nicht die einzige Initiative: In Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft werden zertifiziertes Holz und Bio-Produkte vermarktet. Ein satellitengestütztes Überwachungssystem soll den illegalen Holzeinschlag eindämmen. Damit die wirtschaftliche Entwicklung mit dem Schutz des Ökosystems Hand in Hand gehen kann, beraten Deutschland und die Niederlande OTCA bei der Erarbeitung gemeinsamer Gesetzesinitiativen und der Umsetzung einer grenzüberschreitenden Landnutzungspolitik.

Wasser im Überfluss – nur nicht zum Trinken

Lateinamerika ist mit Abstand die wasserreichste Region der Welt. Eigentlich eine optimale Voraussetzung. Und doch ist gutes Wasser knapp: Jeder fünfte Haushalt hat keinen Hausanschluss und jeder zehnte überhaupt keinen Zugang zu sauberem Wasser. Bei der Abwasserentsorgung sind die Zahlen noch deutlicher: Die Hälfte der Bevölkerung hat keinen Anschluss an die Kanalisation und etwa ein Drittel überhaupt keinen Zugang zu geeigneten Sanitäreinrichtungen.

Von Land zu Land bestehen dabei große Unterschiede. Während etwa in Uruguay nahezu jeder Haushalt an die Trinkwasserversorgung angeschlossen ist, haben in Peru 18 Prozent der städtischen und 61 Prozent der ländlichen Bevölkerung keine Hausanschlüsse.

Betroffen sind vor allem die Menschen in den Slums der Städte und auf dem Land. In vielen Slums ist Trinkwasser nur von den teuren privaten Wasserhändlern zu haben. Auf dem Land wiederum sind die Wege zum Wasser oft sehr weit – Zeit, die die Menschen dort sonst für ihren Broterwerb einsetzen könnten.

Die Verbesserung der Wasserversorgung ist wichtig, um der Armut zu entkommen. An vorderster Stelle stehen die Gesundheitswirkungen, wie die Reduzierung von Durchfall und Wurmerkrankungen. Es geht aber auch um den Schutz der Ressource Wasser und um Vermeidung von Umweltverschmutzung.

Was wir tun

Deutschland hat in den Jahren 2004 bis 2007 78,7 Millionen Euro neu zur Verfügung gestellt, das entspricht 10,8 Prozent des Gesamtportfolios für Lateinamerika. Wichtige Partnerländer sind Bolivien, Nicaragua und Peru. Ziel ist immer, die Nutzung und die Wirkungen der Vorhaben langfristig sicherzustellen. Eine gute und angepasste Bauausführung, ein gut organisierter Betreiber und ausgebildetes Personal sind notwendig, aber nicht hinreichend. Auch die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen bedürfen einer sorgsamen Prüfung und Veränderung. Bei der Einführung verbrauchsabhängiger Tarife zum Beispiel muss die Bevölkerung einbezogen werden, denn sie ist es, die darüber entscheiden muss, wie viel ihr mehr und saubereres Trinkwasser wert ist.

Die Zusammenarbeit geht daher über Investitionen in die Infrastruktur und Fortbildungsmaßnahmen bei den Wasserversorgungsunternehmen hinaus: Sie berät die verantwortlichen Sektorministerien, Departaments- und Kommunalverwaltungen vor Ort, unterstützt konkrete Reformprogramme, die von Gemeinschaftsfinanzierungen mit anderen Gebern flankiert werden, und fördert den Dialog mit der Zivilgesellschaft.

Dieser Dialog ist nicht immer einfach. Wasser ist ein Recht und ein Grundbedürfnis. Bei der Versorgung entstehen aber laufende Kosten, die durch die oft sehr niedrigen Wassertarife kaum gedeckt werden. Folge: die Systeme werden marode und brechen zusammen. Gemeinsam mit den Partnern und der Zivilgesellschaft müssen daher Wege gefunden werden, um die Kostendeckung zu erhöhen, ohne die Armen finanziell zu sehr zu belasten. Letztlich geht es um sozialen Ausgleich: Diejenigen, die es sich leisten können, müssen künftig höhere Tarife oder Steuern zahlen, damit auch die, die es sich nicht leisten können, Zugang zu ausreichend Wasser in guter Qualität bekommen.

Trinkwasser – leicht entzündlich

Am Thema Trinkwasser entzünden sich in Lateinamerika die Gemüter. „Wir möchten, dass Wasser als Menschenrecht festgeschrieben wird, also allen Menschen der Zugang zu sauberem Trinkwasser garantiert wird“, ruft Abel Mamani, Boliviens Wasserminister. In der Praxis soll das heißen: Trinkwasser als ein öffentliches Gut, das der Staat sehr kostengünstig zur Verfügung stellt.

Wasser ist auch ein wirtschaftliches Gut, meinen jedoch andere. Seine Bereitstellung ist mit hohen Kosten verbunden. Das ist nur möglich, wenn der Wassersektor effizient organisiert ist und wenn die Nutzer die Kosten tragen. Eine Privatisierung der Wasserversorgung ist für diese Gruppe zwar nicht der einzige, oft aber ein gangbarer Weg. Wiederum andere sehen Wasser in einem ökologischen Zusammenhang: sorgsamer Umgang mit der Ressource heute, damit auch künftige Generationen noch Wasser und fruchtbare Böden haben.

Sind so viele Erwartungen – Grundbedürfnisbefriedigung, Effizienz und Ressourcenschutz überhaupt unter einen Hut zu bringen? Auf den ersten Blick sieht es in Lateinamerika nicht danach aus. In Ländern wie Bolivien und Nicaragua – ausgerechnet denjenigen, in denen die Wasserversorgung mit am schlechtesten ist – kommt es seit einiger Zeit zu „Wasserkriegen“. Die gegenseitigen Vorwürfe sind bitter: Man dürfe sich nicht zum Verteidiger einer populistischen, korrupten Politikerkaste machen, die viel zu niedrige Wassertarife verlange und dadurch die öffentlichen Wasserversorger in den Bankrott getrieben habe, meinen die einen. Man dürfe sich nicht zum Lakaien privater Unternehmen machen, die ihre Monopole ausnutzen, um viel zu hohe Wassertarife durchzusetzen und dennoch kaum Neuinvestitionen tätigen, sagen die anderen. Opfer des Konflikts, der mit Pressekampagnen, Demonstrationen und Entscheidungen in Hinterzimmern ausgetragen wird, sind die Menschen.

Was tun? Die Antwort ist überraschend simpel: Miteinander reden, von guten Beispielen lernen und neue Wege gehen. Wie in der peruanischen Hafenstadt Chimbote. Dank deutschen Know-hows hat Chimbote mit seinen 400.000 Einwohnern in kürzester Zeit alle armen Haushalte mit Wassertanks ausgestattet, die täglich von Lastwagen des Wasserwerks gefüllt werden. Die Armen haben nun sauberes und kostengünstiges Wasser. Die Krankheitsfälle sind gesunken. Zugleich zahlen die Menschen nun für Wasser ans Wasserwerk, das seine Einnahmen erhöhen konnte.

Neue Wege geht man auch in Kolumbien. Innerhalb von zehn Jahren konnte dort die durchschnittliche tägliche Stundenzahl, in denen die Haushalte Wasser erhalten, von 15 auf 20 erhöht werden. Dabei ging man unterschiedlich vor – Cartagena hat einen privaten Betreiber, Medellín und Bogotá haben nach wie vor öffentliche Unternehmen. Alle setzten sie aber auf höhere Kostendeckung, auf professionelles Personal, sparsamen Verbrauch und mehr Service. Landesweit wurde eine klare, „soziale“ Tarifstruktur eingerichtet: In armen Stadtteilen kostet das Wasser nur die Hälfte.

In vielen anderen Ländern ist heute der „wasserpolitische Dialog“ zu einem Schlüssel geworden. Organisationen wie CEPAL, GTZ , InWEnt und KfW Entwicklungsbank setzen Mediatoren ein, bieten Managementschulungen und beschleunigen soziale Lernprozesse. Ziel: wachsendes gegenseitiges Vertrauen. Erfahrungen wie in Kolumbien zeigen, dass höhere, kostendeckende Tarife akzeptiert werden – wenn die Leistung stimmt. Egal, ob das Wasserwerk privatisiert wurde oder noch in öffentlichem Besitz ist.

Herausgeber

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Dienstsitz Bonn
Postfach 12 03 22
53045 Bonn
Tel. +49 (0) 228 99 535 - 0
Fax +49 (0) 228 99 535 - 3500

Dienstsitz Berlin
Stresemannstraße 94
10963 Berlin
Tel. +49 (0) 30 18 535 - 0
Fax +49 (0) 30 18 535 - 2501

poststelle@bmz.bund.de
www.bmz.de

Redaktion	Dr. Wolfram Klein, Isabelle Floer, Axel Mörer-Funk
Endredaktion	Steffen Beitz, Gabriele Hollederer
Verantwortlich	Dr. Reinhard Tittel-Gronefeld, Klaus Krämer
Gestaltung	F R E U D E ! design, Rendel Freude, Köln
Druck	Schloemer Gruppe, Düren Gedruckt auf 100% Altpapier, mit Umweltzeichen „Blauer Engel“
Bildnachweis	Titelmontage: Nico Schützhofer; Innenseite Mappe: BMZ - Einführung: Nico Schützhofer (1); Thomas J. Müller (2, 3) - Bolivien: Fritz-Georg Kersting; GFA Consulting Group - Brasilien: Michael Ende/Bilderberg; GTZ Brasilien - Chile: Stepan Uncovsky; Henseler/laif - Costa Rica: Hauser/laif; Hens Jens Hönerhoff/CIM - Ecuador: Andrew Smith; Thomas J. Müller/DED - El Salvador: GTZ; Rolf Rempel/KfW - Guatemala: Britta Lambertz/GTZ; GTZ Guatemala - Honduras: Gonzales/laif; GTZ Honduras - Kolumbien: Rafael Gomez; Michael Kleinekathöfer - Mexiko: Bernhard Bösl; GTZ Mexiko - Nicaragua: Nico Schützhofer; GTZ - Paraguay: Gustavo Candia; GTZ Paraguay - Peru: Thomas J. Mueller; Michael Wehinger/KfW - Karibikstaaten: Jerzy Modrak/Bilderberg; The New York Times/Redux/laif - CEPAL: CEPAL - IDB: Dirk Ostermeier/ GTZ - Nachhaltige Energien: Bundespresseamt; Transfair - Weniger Armut: Thomas J. Mueller; GTZ Kolumbien - Frauen: Christine Woda; Gunhild Schwitalla/CIM - HIV/AIDS: Corbis; KfW - Indigene Völker: GTZ; Thomas J. Müller - Tropenwaldschutz: Fullriede/DED; Thomas J. Müller - Wasser: GTZ-PROAGUA Peru; Corbis
Stand	Dezember 2007

Bezugsstelle
Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel. +49 (0) 1805 77 80 90
(Festpreis 14 Cent/Min., abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen möglich)
Fax +49 (0) 1805 77 80 94
E-Mail publikationen@bundesregierung.de